

Er scheint täglich außer Montags-Abendnummern-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei in's Haus. Einzelne Nummer 4 Pf. Sonntags-Nummer mit Wochensonderbeilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Konnoement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter-Konnoement: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzelne Nummer in der Post-Verwaltung-Veranstaltung für 1892 unter Nr. 4052.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Spang, Berlin, Unter den Eichen 1, Nr. 4166.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 20. April 1892.

Expedition: Beuth-Strasse 3.

Aus den Koulissen der christlichen Sozialreform.

Die Gesetze „zum Besten der Arbeiter“ haben in allen bürgerlichen Staaten etwas von Theaterdekorationen an sich. Vieles aus ihnen wird überhaupt nicht ausgeführt, ist also bloßer Schein, und bei dem übrigen Theil ist das „Wie“ der Durchführung oft ein sehr merkwürdiges Ding. Man sieht also eigentlich erst hinter den Koulissen der offiziellen Gesetzesmacherei richtig, was ernstlich, und was nicht ernstlich gewollt ist, und so ein Ausschnitt aus den Vorgängen hinter den Koulissen der gouvernementalen Sozialreform ist die Dienstanweisung für die preussischen Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren, die kürzlich vom Handelsminister von Buelow erlassen worden ist. Diese Instruktion gilt für sozialpolitisch und statistisch fast gar nicht geschulte, mit den Arbeiterverhältnissen höchstens ganz oberflächlich vertraute Beamte, die fortwährend lediglich dem Stande der Vergessenen, Baumeister und Maschinen-techniker entnommen werden, also mit echten Bourgeois- und Bureaukratenbegriffen an ihre Thätigkeit gehen und sich in Ermangelung anderer „Begriffe“ möglichst ängstlich und steif an die Worte ihrer „Instruktion“ halten. Das muß man beachten, wenn man die Prüfung der neuen Dienstanweisung unternimmt.

Dieselbe schreibt den Inspektoren und ihren Assistenten die Beaufsichtigung der Ausführung jener Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung vor, welche die Sonntagsruhe, die Arbeitsräume, die Arbeits-Ordnungen und die weiblichen sowie jugendlichen Arbeiter betreffen. Aber wie soll beaufsichtigt werden? Der § 6 der Dienstanweisung, der das besagt, könnte einer salbungsvollen christlich-sozialen Predigt als Unterlage dienen. Die ganze Inspektion ist doch nur nötig, weil die Unternehmer fortwährend die Gewerbevorschriften übertreten und weil es sicher ist, daß jeder Fabrikant jede unkontrollierte Gelegenheit dazu benutzt, dem „Arbeiterschutze“ ein Schnippchen zu schlagen, falls der „Profit“ dies verlockend genug erscheinen läßt. Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten sind also in Wirklichkeit Staatsorgane mit der Front nach dem Unternehmertum, mit dem Rücken nach den Arbeitern gefehrt, denen sie als Schutzwehr gegen alle Uebergriffe des Kapitals dienen sollen. Welchen Phrasenschwall hat nun die neue preussische Dienstanweisung aufgemacht, um die Stellung, welche die Inspektoren eigentlich haben sollten, möglichst zu verschleiern und abzuschwächen im Interesse des Unternehmertums! Auf der einen Seite ist allerdings die Rede von einer „möglichst vollständigen“ und gleichmäßigen Durchführung der Gewerbe-Ordnung, sowie von der Gewährung des „vollen, durch das Gesetz den Arbeitern zugedachten Schutzes“, und letztere Wendung ist sogar funkelnelne, sie war in der früheren Dienstanweisung noch nicht enthalten. Nun kommt aber die Verkaufung! Der „volle“ Schutz soll „gewährt“ werden, ohne dem Gewerbe-Unternehmer unnötige

Opfer aufzuerlegen; und noch besser: „Arbeitgeber und Arbeiter sollen die Gewerbe-Aufsichtsbeamten die gleiche Bereitwilligkeit zur Vertretung ihrer berechtigten Interessen entgegenbringen“ — nebenbei auch eine funkelnelne, bisher in der „Instruktion“ noch nicht vorhandene Wendung. Hier blüht die Angst des Geheimenraths, ein Inspektor möchte seine Stellung richtig als diejenige eines Schutzbeamten der Arbeiter auffassen, aus jedem Worte. Unternehmer und Arbeiter sollen ja „gleich“, ganz gleich behandelt werden — d. h. in der Praxis für einen Bureaukraten der Bourgeoisie: dem Unternehmer darf um keinen Preis wehe gethan werden! Was hat ein Unternehmer für „berechtigten Interessen“ dem Arbeiterschutze gegenüber zu vertreten, das ohnedies weit hinter den bescheidensten Erwartungen der Arbeiter zurückgeblieben ist? Gar keine, es sei denn das von der Profitwuth als „berechtigtes“ erklärte Interesse, das Gesetz so viel als möglich zu umgehen. Mit solchen Redensarten hemmt man die richtige Durchführung des schwächlichen Arbeiterschutzes, den wir in Deutschland haben. Einen Satz, in welchem den Inspektoren der Schutz der Arbeiter ohne kapitalistische Verkaufung anempfohlen wird, sucht man in der „Instruktion“ vergebens. Selbst in dem neuen, übrigens ganz selbstverständlichen Absatze, in dem es heißt, daß die Beamten „Wünsche und Beschwerden der Arbeiter bereitwillig entgegennehmen und Erfüllung und Abhilfe zu schaffen suchen sollen“, sind die diplomatischen Zusätze eingeschoben: „falls sie sich von ihrer Berechtigung überzeugt haben“ und „soweit sie es nach ihrer Stellung vermögen“. Es wird Einem ganz — selbstam beim Durchlesen dieser höflich-süßlichen Vorschriften. Natürlich ist den Beamten auch aus Herz gelegt, neben den Mißständen, die auf eine Weiterbildung des Arbeiterschutzes hinweisen, etwaige „Hindernisse“ zu beobachten, auf welche die Durchführung des Gesetzes stößt und die dessen „Abänderung“ erforderlich erscheinen lassen. Hier wird sogar gelinde daran erinnert, daß eine Rückwärtsrevision der Gewerbe-Ordnung denkbar ist. Dafür fehlt jede Vorschrift darüber, wie oft die Inspektoren alle Betriebe besuchen müßten, was doch mindestens ein Mal in jedem Jahre erfolgen sollte. An solche Kappalien hat die Instruktion natürlich nicht gedacht; das ist Nebensache!

Das Schönste leistet die „Instruktion“ aber dort, wo sie das Polizeirecht der Aufsichtsbeamten regelt. Sie behält auch unter der „neuen Ära“ die Ungeheuerlichkeit bei, welche Max Daxer in seiner trefflichen Schrift „Zur näheren Geschichte der Fabrikinspektion“ (Frankfurt a. M., Gebr. Knauer, 1889) dem inspektorenfeindlichen Regime Bismarck zuerst nachwies. Es ist eine staatsrechtliche Ungeheuerlichkeit, durch Verordnungen ein Reichsgesetz aufzuheben oder außer Kraft setzen zu wollen. Und doch leistet sich die „Instruktion“ dieses wundervolle Manöver in § 8, letzter Absatz, indem sie genau wie die bisherige sagt: „Von dem Rechte, polizeiliche Straffestellungen zu treffen, sollen

die Gewerbe-Aufsichtsbeamten keinen Gebrauch machen!“ Das „Recht“ ist den Inspektoren in der Gewerbe-Ordnung zugetheilt durch Reichstags- und Bundesraths-Beschluß. Der preussische Handelsminister aber verordnet die Beamten sollen von dem Recht keinen Gebrauch machen und damit ist eine reichsgesetzliche Bestimmung einfach beiseite gelassen. Will man mit solchen verfassungswidrigen Kunststücken der Arbeiterbevölkerung ein gutes Beispiel geben? Jedenfalls gefiel die Sache den Ministern in Sachsen, Bayern, Baden, Hessen, Württemberg u. s. w. so ausnehmend, daß sie dem preussischen Beispiele einmütig folgten, wenigstens bis jetzt, und sicher auch in der Folge. Das einzige Zugeständnis an die Gesehlichkeit besteht in der neuen Dienstanweisung darin, daß der Inspektor bei „Gefahr im Verzuge“ polizeiliche Verfügungen treffen darf. Hat die preussische Regierung vielleicht gemerkt, daß noch ganz andere „Gefahren im Verzuge“ sind, wenn sie selbst die Gesetze auf diese Art ausdeutet? . . . Jedenfalls hat sie mit der kleinen Konzession an ihr verfassungswidriges Gewissen weiter Nichts wiederhergestellt, als den Stand von 1874. Schon damals durften die preussischen Inspektoren polizeiliche Verfügungen in solchen Fällen erlassen, „wo ein sofortiges Einschreiten notwendig“ war, welchen Rest einstiger Mächtigkeit man eben 1879 auf dem Verordnungswege ganz wegschaffte. Wir sind also unter der „neuen Ära“ glücklich auf den Arbeiterschutze der Freihandelsperiode heruntergekommen!

Lehrreich sind schließlich aus der Instruktion die, wie man sieht, ganz interessante Einblicke in die Koulissen der christlichen Sozialreform gewährt, die Bestimmungen über die Jahresberichte der Inspektoren. Haben uns doch die Bourgeoisblätter dieser Tage auf die Inspektorenberichte verwiesen! Erstens sollen die Referate in Preußen auch künftig möglichst spät erscheinen. Während in Sachsen und Baden der Bericht alljährlich im Laufe des Januar abzuliefern ist, wird den preussischen Beamten auch neuerdings wieder Zeit bis zum 1. März gelassen, obgleich der Werth der meisten preussischen Referate bisher im umgekehrten Verhältnisse zu der auf dieselben verwendeten Zeit stand. Und dann wird eine neue Siebung und Sichtung eingeführt. Die Gewerbe-Inspektoren, welche für gewöhnlich Theile eines Regierungsbezirks beaufsichtigen, sollen ihre Referate an ihren gemeinschaftlichen vorgesetzten, den bei der Regierung ihres Bezirks angestellten Gewerberath, abliefern. Dieser stellt erst den eigentlichen Bericht für das Ministerium her, theilweise also, ohne die behandelten Gegenstände genauer zu kennen, streicht wahrscheinlich schon Manches, und das Ministerium sieht die Kompilationen der „Regierungs- und Gewerberäthe“ nochmals sorgfältig durch, läßt sie jedenfalls nicht unkontrolliert erscheinen. So werden künftig die Berichte der preussischen Aufsichtsbeamten entstehen, und auf sie verweist man uns als auf zuverlässige Quellen!

Kurz und gut — auch die neue Dienstanweisung für

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

92

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Bänden von A. Otto Walster.

Sollen wir unsrererzeit dem Flüchtling noch ein Weilchen folgen? Lebend und kaltblütig hatte er sich auf das unter dem Fenster befindliche Dach des Polizeistalles herabgeschwungen, auf dem er sich sammt der losen Schneedecke herabgleiten ließ bis zu dem vom Erdboden nicht beträchtlich absteigenden Rande. Einmal auf ebener Erde angelangt, sah er eine ganze Reihe von Gärten vor sich, die allesamt eingehüllt in ihre vom Winter gütig gespendete weiße Decke den Winterschlaf träumten. Ohne sich lange aufzuhalten, stieg er über einige Gartenzäune, bis er nach einer Quergasse gelangte, in die er sich vertiefte.

Niemand störte ihn, denn die seltenen Morgenvögel schlichen noch halb schlaftrunken dahin, während die Nachtwächter bereits schuschüchtig den wärmenden Hüllen ihrer Ruhestätten zugehört waren.

Nachdem er sich einigermaßen orientirt, suchte er seinen Weg nach der inneren Stadt, in welcher das neue Tagesleben bereits in viel größerem Umfange erwacht war; zumal in der Gegend des Marktes, nach welchem die unermüdbaren Landleute schon wieder neue Lebensmittel für die Bewohner der Stadt zuführen begannen.

„Welche Verschwendung!“ meinte unser Freund, der

überall neue ökonomische Betrachtungen anzustellen geneigt war. „Da trägt und zieht nun Jeder oder Jede dieser Dorfbewohner seinen oder ihren kleinen Kram stundenweit nach der Stadt, um dort einige Stunden zuzubringen, bis die zahlenden Käufer gefunden sind und die paar Thaler Erlös nach Hause getragen werden können. Zwanzig Tragkörbe und zehn Hunde-Equipagen aus einem Dorfe, 30 Personen und 20 Hunde machen die Woche dreimal diesen Weg, während zwei oder drei rüstige Verkäufer mit höchstens zwei Gespannen den ganzen Kram verkaufen könnten, bei welcher Gelegenheit sich noch die besondere Verbesserung ergeben würde, daß die armen Hunde nicht in so naturwidriger Weise abgequält werden. In der Stadt weiß man vor lauter Angst gar nicht genug zu konzentriren und zentralisiren, und auf dem Lande diese Zersplitterung! Es ist wahr, die Frauen wollen hier und da einmal in die Stadt, aber können sie nicht abwechselfen? Doch was geht mich's an, sehen wir lieber, ob wir hier in der Nähe ein Kaffeehaus finden. O Fanny, wenn Du wüßtest, was Du mit Deinem Marktgehen schon an Verwirrungen angerichtet hast.“

Das Kaffeehaus wurde gefunden und zwar in der günstigsten Lage, da, wo sie unsehbar vorbeigehen mußte, wenn sie zum Markte kam.

Nichts vergeht langsamer als müßige Morgenstunden; Frank hatte alle Zeitungen ausgenommen und wieder weggelegt, die bescheidenen Bilder an der Wand besah und den Preislistentourant einige Male durchgesehen, als er einen Mann eintreten sah, dessen Kuiperes ihm bekannt vorkam.

„Kellner, ein Glas Madeira.“ rief er alsbald mit so lauter Stimme, daß der Ankömmling unwillkürlich veranlaßt wurde, sich umzudrehen.

„Ah, guten Morgen, Herr Krammherz.“ rief er dann, als er sah, daß er sich in der Person nicht geirrt hatte. „Wie geht es Ihnen, lieber Herr Krammherz, habe lange Zeit das Vergnügen nicht gehabt.“

„Wie? Sie sind es, Herr Frank. Sagen Sie denn nicht mehr in Wechselarrest?“

„In den ich durch Ihre freundlichen Bemühungen gekommen? O ja, ich stehe eigentlich noch dort, wie sie an Ihrem Geldbeutel verspüren werden. Aber sehen Sie, der Kaffee ist dorten in letzter Zeit recht schlecht geworden und da ziehe ich seit einiger Zeit vor, meinen Kaffee hier zu trinken. Sie halten mich recht knapp, Herr Krammherz, recht krammherzig, und wenn ich nicht zuweilen selbst etwas für mich thäte, würde ich ganz elend geworden sein.“

„Werden Sie sich denn noch nicht bald entschließen, mich zu befriedigen, Herr Frank? Es wird nun nachgerade Zeit.“

„Sie zu befriedigen, Herr Krammherz? Das ist doch nur Ihre unmäßige Meinung. Wären Sie damals zu mir gekommen und hätten mir vernünftige Vorschläge gemacht, so würde ich mein Möglichstes gethan haben, und aller Wahrscheinlichkeit nach hätten Sie bereits Ihr Geld, statt daß Sie alle 14 Tage neues hinzuzahlen müssen. Jetzt habe ich mich nun einmal dort oben eingerichtet, förmlich eingewohnt und eingewohnt, es ist mir, als wenn ich da zu Hause wäre, und da werde ich es schon noch ein Weilchen aushalten.“

„Es ist ganz unverantwortlich vom Gericht, daß man Sie solche Freiheiten genießen läßt; ich werde darüber ernstliche Beschwerden führen.“

„Thun Sie sich hierin gar keinen Zwang an, Herr Krammherz, werden Sie beschwerlich so viel Sie wollen.“

die preussischen Fabrikinspektoren ist wieder eine niedliche Probe governmentaler Sozialreform zum Schutze des Unternehmertums. Warum man sich nur noch die Mühe giebt, diese Dinge so lindlich zu verstellen in Verordnungen und Instruktionen, von denen man annimmt, daß sie nicht jeder liest? Die bösen Sozialdemokraten thun's doch, und sie ziehen auch die nöthigen Schlüsse aus der Art und Weise, wie man dabei Gehege mit klarem und deutlichem Wortlaut umdeutet auf einem Gebiet, das der christlich-soziale Staat angeblich mit rührender Fürsorge für sich allein gepachtet hat!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 19. April.

Deutsch-portugiesischer Handelsvertrag. Nach der „Post“ sollen in den nächsten Tagen bereits Verhandlungen beginnen, welche einen Zoll- und Handelsvertrag des Deutschen Reiches mit dem Königreich Portugal betreffen. Es wäre alsdann die Einberufung des Reichstages schon zum Herbst bestimmt zu erwarten.

Vom Kolonialamt. Der Berliner Offiziosus der „Politischen Korrespondenz“ erklärt, die neuerdings aufgetauchten Nachrichten von einer bevorstehenden Erweiterung der Organisation der Kolonialabtheilung im Reichsamt des Auswärtigen seien „vollständig erfunden“. Die bestehenden Einrichtungen hätten sich bewährt, so daß kein Grund zu einer Aenderung vorliege. Was nicht hindert, daß in einigen Monaten die Regierung mit dieser Forderung hervortritt und „Erzellen“ Kaiser zur herzerfreuenden Wirklichkeit wird.

Schutz der nationalen Arbeit! Die Auswanderung aus der Provinz Westpreußen nimmt wieder größere Dimensionen an, und die polnischen Landleute stellen das größte Kontingent hierzu. Alle Warnungen der Landräthe und Gutsbesitzer schlagen die Leute in den Wind, weil ihnen ihre in den Vereinigten Staaten Amerikas bereits seßhaften Angehörigen die Wege zu einer Existenz dabeilbst gebahnt haben. Uebrigens darf es, bemerkt die „Frankfurter Zeitung“, nicht Wunder nehmen, daß die Auswanderung zunimmt; denn die sozialen Verhältnisse der kleinen Bauern und landwirtschaftlichen Arbeiter sind nun einmal recht traurige. Viel Arbeit und geringer Verdienst, ungenügendes Deputat und schlechte Kost, dazu die Militärpflicht und schließlich die Kriegsfurcht vor Rußland sind die Triebfeder der Auswanderung. Den Ausfall an Arbeitskräften decken die Gutsbesitzer aus Rußland, nur müssen sie dazu die Genehmigung der Landräthe nachsuchen. Für diese Arbeiter brauchen die Unternehmer weder Kranken-, Unfall- und Altersversicherungs- noch Invaliden- und Altersversorgungsbeiträge zu bezahlen. Wird der Arbeiter krank, so schiebt man ihn einfach über die russische Grenze.

Der Streit im konservativen Lager. Der Wabelstrumpf der konservativen Partei, Herr von Helldorf, wehrt sich in seinem „konservativen Wochenblatt“ wie ein Verwehelter. Zur „reinen Scheidung“, die er verlangt und die ihm auch in summarischem Verfahren postwendend gewährt wurde, stellt er vier Forderungen auf. Es wird erstens verlangt, daß in allen Blättern, die ständig oder gelegentlich das konservative Firmenschild führen, unter allen Umständen eine schickliche und respektvolle Sprache gegenüber dem Kaiser und dem Landesfürsten geführt wird und alle Kraststücke der Tonart nach dieser Seite unterbleiben. Zweitens wird gefordert, daß in der konservativen Presse nur mit ehrlichen Waffen gekämpft wird. Drittens soll die konservative Partei mit anderen Parteien, insbesondere der sogenannten deutschsozialen (antisemitischen) unverworfen bleiben. Und endlich viertens wird verlangt, daß die konservative Partei der Gewohnheit eines Theils ihrer Presseorgane, sich über den andern zu überheben und alle Parteimitglieder, die nicht ihrem Separatfähigkeits angehören, zu Konservativen zweiter Klasse abzustempeln, entgegentritt. Ein Anderes ist es, was dieser Offizier ohne Soldaten mit seinem Feldzugsplan erreicht.

Judenstinten lautet der Titel der neuesten literarischen Leistung des um seiner tollen Antisemiterei willen bekannten

Mir sind Sie es schon lange gewesen. Dr. Kellner, noch ein Glas Madeira, es kann gar nicht genug kosten.

Sie sind in der That ein böser Schuldner, Herr Frank.

Ja, das bin ich, dafür bin ich aber auch ein seelensguter Gläubiger, und das ist mehr, als Sie von sich sagen können, Herr Krammberg.

Leider mußte Frank in diesem Augenblicke von seinem verehrlichen Gläubiger Abschied nehmen, denn nach langem vergeblichen Ausschauen nach der Straße, welches er keinen Augenblick veräußert hatte, sah er an der Seite einer stämmigen Magd mit großem Marktlorb eine niedliche Mädchengestalt, der eine Fülle von braunen Locken unter dem Hut entquoll und sich an den weichen Wibertragen schmiegte.

In wenigen Sätzen hatte er die Gesuchte erreicht und schritt nun ein Weilchen hinter ihr drein; schon zufrieden, hier und da von ihrem Kleide gestreift zu werden. Endlich aber, als sie in das dichtere Gewühl des Marktes geriethen, zupfte er an ihrem Mantel und flüsterte:

Schönstes Fräulein! Nehmen Sie keine Begleitung an? Man hätte den Borneßbild sehen sollen, mit dem das Mädchen dieses Attentat am lichten Tage und auf offenem Markte zu beantworten gewillt war. Aber das Roth des Borneß ging in die nahverwandte Farbe der Verlegenheit über, als sie, statt das fremde Gesicht eines unbekanntem Zubringlichen, die wohlbekannten Züge Frank's erblickte.

Also haben Sie es doch möglich gemacht, Herr Frank, meinte sie mit einem verlegenen Seitenblick auf die begleitende Magd.

Ja, liebe Fanny, der Gedanke war gar zu verlockend und des Schweißes der Edlen werth. Geschwind haben wir, das können Sie glauben, ich und die Häsher, die nach mir sahneden.

Haben Sie etwa wieder Menschen eingeschlossen? fragte das Mädchen mit einem mißtrauischen Blick.

Nein, eingeschlossen habe ich diesmal Niemanden, dagegen habe ich mich zu verschiedenen Malen aus der Gesellschaft gewisser Leute ausgeschlossen.

Rektors Ahlwardt. Die bei Göß in Dresden, — demselben Verlage, in dem auch Max Beyer seine Bismarckverhimmelungen unterbrachte — erscheinende Broschüre ist 2/3 Bogen stark, und unternimmt es in derselben der Verfasser, den Nachweis zu liefern, daß bei Lieferung der 425 000 Gewehre, Modell 88, durch die Löwe'sche Fabrik gräßliche Betrügereien mit untergelaufen seien. Der Verfasser behauptet und nennt dafür eine Anzahl Zeugen, — speziell Schreiber, welche in der Fabrik in Martinikensfelde im Fabrikbureau beschäftigt waren, sowie Arbeiter und Meister der Fabrik — daß bei der Lieferung der Gewehre und besonders bei deren Prüfung, unter Mitwissen der königlichen Wächtermacher arg geschwindelt worden sei. Es sollen die Visire von schlechtem Material und schlecht aufgedichtet sein, von 6000 Gewehren sollen deshalb die Visire abgeschlagen worden sein, als der Staat kurz vor Schluß der Lieferung hinter den Betrug gekommen war. Unter dem bestehenden Versicherungssystem seien aber, so behauptet Ahlwardt, die Visire wieder ebenso schlecht aufgedichtet und dann zurückgegeben worden. Wie die Visire sollen auch die Läufe aus schlechtem Material hergestellt sein; Gewehre, welche nach dem Ausschuss als fehlerhaft zurückgegeben wurden, sollen nicht ordnungsgemäß reparirt, sondern „gedrückt“ worden sein, eine Prozedur, welche insofern verwerflich ist, als die Läufe, sobald sie durch Schnellfeuer erhitzt werden, wieder ihre frühere falsche Lage einnehmen. Beim Probefeuern sollen doppelte Scheiben verwendet worden sein, wodurch es möglich wurde, Gewehre, welche ganz falsche Schußresultate ergaben, als geprobte und gut befundene abgeliefert. Auch die Scheiben sollen gefälscht worden sein, ebenso läßt Ahlwardt Patronen stehlen, Gewehre listenweise an das Ausland liefern, Patronen von den Eisenbahnwagen abnehmen und sie später, nachdem die gepriesenen Gewehre herausgenommen und durch Ausschuss ersetzt worden sind, wieder anbringen. Dies Alles natürlich sei nur möglich, weil einzelne Beamte sich bestechen ließen oder leichtfertig ihres Amtes walteten. Die betheiligten Offiziere im Dienste soll dagegen kein Vorwurf treffen, dagegen werden ein paar in der Fabrik angestellte Offiziere a. D. schwer beschuldigt.

Was an den Behauptungen Wahres ist, wird die von Ahlwardt selbst verlangte Untersuchung ergeben. Daß bei solchen Lieferungen keine Unregelmäßigkeiten überall vorkommen, hat ja kein Geringerer als Fürst Bismarck gelegentlich seiner letzten Geburtstagrede bekräftigt, und daß auch in der Löwe'schen Fabrik einiges gespielt hat, zeigt die plötzliche Entlassung eines der angesehnen Meister. Daß aber Ahlwardt kolossal übertreibt, erscheint uns zweifellos. Geradezu albern ist, was der Verfasser als treibendes Motiv für die Fälschungen und Durchstechereien angiebt. Darnach war es nicht die Profitgier, welche zu den Fälschungen geführt habe, sondern das von dem internationalen Judenthum ausgehende Bestreben, den deutschen Soldaten für den nächsten Krieg eine möglichst schlechte und unbrauchbare Feuerwaffe in die Hand zu geben, damit deren Niederlage sicher sei und so der letzte Hort gegen die universelle Juden Herrschaft zusammenbräche. Diese Tendenz soll bei den Fälschereien so vorherrschend gewesen sein, daß eine Reihe derselben vorgenommen wurden, trotzdem die Fabrik durch sie sogar Schaden erlitt. So behauptet Ahlwardt, und wir glauben, daß diese Behauptung allein schon hinreichend wird, um bei unseren Lesern starke Zweifel an die Zuverlässigkeit der Angaben der Broschüre hervorzuheben. Gewiß trifft auch hier das Sprichwort zu: wo Rauch ist, ist auch Feuer; aber Herr Rektor Ahlwardt ist kein so verlässlicher Zeuge, daß wir auf seine Behauptungen allzu großes Gewicht legen möchten. Nachdem aber die Sache an die Öffentlichkeit gebracht ist, werden die Vergessenen der so schwer bezichtigten Beamten und vor allem auch die Leitung der Löwe'schen Fabrik darauf dringen müssen, daß eine gründliche Untersuchung und Aufklärung der öffentlichen Meinung stattfinde. Für ein vornehmes Ignoriren sind die Angaben der Broschüre doch zu substantiirt und zu sehr unter scheinbarem Beweis gestellt. Schon um des Auslandes willen muß völlige Klarheit geschaffen werden.

Ein württembergischer Musterbeamter. Im „Schwobeländli“ ist die Heimath des jetzt endlich glücklich

Wissen Sie, daß man sich vor Ihnen fürchten könnte?

Das möchte ich mir auch ausgeben haben. Denn einen Menschen, den man unter keinen Umständen fürchten würde, den tritt man mit Füßen. Aber nun sagen Sie mir einmal ohne Umstände, was wollen Sie denn kaufen?

Fische, Eier, Kapsel, Butter und Kohl, wenn Sie das wissen müssen.

Hier sind Kapsel.

Sie sind nicht schön, die kaufe ich nicht.

Da sind Eier.

Dafür habe ich meine besondere Verkäuferin.

Was suchen Sie denn, meine Herrschaften? rief jetzt eine Obstverkäuferin, an deren Stand sie vorbeigingen; kaufen Sie mir doch etwas ab, junger Herr, recht schöne Stettiner für Ihre junge Frau.

Um Gottes Willen, rief Fräulein Muffelich, purpuroth werdend, kommen Sie geschwind weg. Mein Gott, in was für Verlegenheiten Sie mich bringen! Wenn das Jemand Bekanntes gehört hätte.

Nein, theuerste Fanny, das geht nicht; die arme Frau ist ja höflich und schlechterdings die Beste, welche uns für Mann und Frau angesehen hat; das soll ihr Glück bringen. Na, Mütterchen, was kosten denn ihre Kapsel?

Vier Groschen die Mandel, junger Herr.

Das ist viel zu theuer, rief Fanny.

Wiel zu theuer! Aber liebste Fanny, wo denkst Du denn hin?

Nennen Sie mich doch nicht „Du“, ich muß mich ja schämen, flüsterte sie ganz erschrocken.

Sie hält uns ja für Mann und Frau, da können wir uns doch nicht „Siezen“, flüsterte Frank leise zurück und fuhr mit lauter Stimme fort: Bedenke doch, liebe Fanny, wie viele Zeit es gebraucht hat, bis nur allein der Apfelbaum Früchte tragen konnte, wie lange Zeit der Apfel selbst Zeit gebraucht hat, um fertig zu werden; ich möchte keinen Apfel für diesen Preis herstellen. Nun, da geben Sie uns einmal einige Schok her.

Einige Schok zu diesem Preise? Sie sind nicht bei Troste. Was sollten wir denn auch damit machen?

abgesetzten Heilbronner Stadtwaivers Hegelmaier, des Wahlbeeinflussungs-Ministers Renner, und des Oberamtmannes Dr. Engel von Nagold, der dieser Tage zum Oberamtmann von Heilbronn ernannt worden ist. Von Engel wird folgende Großthat, für die eine parlamentarische Bezeichnung nicht leicht zu finden ist, in der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 109 vom 18. April) erzählt. Im Stuttgarter „Beobachter“, dem bekannten volksparteilichen Blatte, war ein Artikel erschienen, der sich mit der Amtshaltigkeit des Nagolder Oberamtmannes befaßte. Der Herr Oberamtmann vermuthete in einem Beamten des Nagolder Rathhauses den Verfasser des Artikels, er erschien auf dem Rathhaus und eröffnete dem Verdächtigen, daß er gestern auf der Redaktion des „Beobachters“ in Stuttgart gewesen sei und ihn als Verfasser des Artikels bezeichnet erhalten habe. Im Schrecken gestand der Beamte seine Urheberschaft. Der Herr Oberamtmann hatte aber das Redaktionslokal des „Beobachters“ nie betreten und noch weniger von einem der Redakteure oder sonstigen Angestellten des Blattes über den Einsender des Artikels eine Mittheilung oder Andeutung erhalten; er hatte also eine unrichtige Angabe mit Erfolg dazu benützt, den mißliebigen Korrespondenten ausfindig zu machen. Nunmehr ist dieser ersindungsreiche Herr zum Oberamtmann der zweiten Stadt Württembergs ernannt worden! Die Heilbronner werden schwerlich sehr davon erbaunt sein, daß für ihre durch die Affäre Hegelmaier verwirrten Verhältnisse ein Beamter mit Anschauungen des Herrn Dr. Engel ausersehen worden ist.

Dreibändlerische Schmerzen. Die italienische sogenannte „Ministerkrise“ zieht sich etwas mehr in die Länge, als man Anfangs gedacht hatte. Herr di Rudini ist zwar entschlossen, an der Spitze des neuen Ministeriums sein an der Spitze des alten Ministeriums gegebenes Ehrenwort auf dem Altar des nicht genügend mit Soldaten beglückten Vaterlandes zu opfern, allein er hat Gewissen, und gleich der Feldin des berühmten Heine'schen Gedichtes fällt es ihm schwer, „in den Pott“ zu steigen. Indeß er wird seine Strupel überwinden und an einem der nächsten Morgen wird der unpoetische Telegraph uns melden: „Endlich stieg er hinein in den Pott!“ Was bleibt ihm anders übrig? Es ist wahr, er hat sein Ehrenwort gegeben, der Kammer kein Budget mit Defizit mehr vorzulegen. Allein ein Budget ohne Defizit heißt ein Budget ohne Militarismus. Und was wäre das dreibändlerische Italien ohne Militarismus? Kann es sein stehendes Heer vermindern? Muß das stehende Heer nicht im Gegentheil stets verstärkt und verbessert werden? Braucht man nicht die besten Gewehre und Kanonen? Hört Italien, wenn es dem Rimmerjatt Militarismus das geforderte Futter verweigert, nicht auf, „Großmacht“ zu sein? Tritt es dann nicht aus dem „Dreibund“ aus? Und was soll aus der Welt ohne „Dreibund“ werden? —

Freilich dort winkt der Bankrott. Doch ein tapferer Römer muß sich auch in den Abgrund stürzen können, wie weiland Marcus Curtius; und wenn der Militarismus nicht anders zu retten ist, dann in Teufels Namen der Bankrott! —

Genug, er steigt in den Pott! —

Italienisch-schweizerischer Handelsvertrag. Nach kurzer Frist ist die Kampfpolitik zwischen Italien und der Schweiz durch einen am 19. April zu Stande gekommenen Handelsvertrag erledigt worden.

Kein Dynamitgesetz in der Schweiz? Die Meldung, daß schweizerische Justizdepartement bereits ein Dynamitgesetz vor, wird als „unecht“ bezeichnet. Das Departement, sagt eine Bundesstadtmeldung des „Journal de Genève“, hat sich mit der Frage noch gar nicht befaßt. Bundesanwalt Scherb hatte eine einzige Besprechung mit Bundesrath Rudonnet; ersterer erklärte sich gegen ein Ausnahmegesetz, da die kantonalen Strafbestimmungen vollkommen ausreichend seien.

Nichts zu verderben. In Paris hat sich vorgestern ein merkwürdiger Prozeß abgespielt. Ein Zeitungsleger und ein Zeitungredakteur wurden wegen dem Abdruck eines Feuilletonromans, der „unsittlich“ sein sollte, zu einer nicht unerheblichen Geldstrafe verurtheilt, während der Verfasser des Romans, sowie der Verleger des Romans in Buchform, freigesprochen wurden. Der Gerichtshof be-

Was Sie damit machen! Ei nun, die einen essen Sie frisch, die anderen braten Sie im Ofen und den Rest verwenden Sie zu Apfelmus.

Wir können so viel gar nicht fortbringen.

Da nehmen wir einen Dienstmann.

Da würde meine Mutter schöne Augen machen. Nein, das geht auf keinen Fall, ein halb Schok wollen wir nehmen.

Se da! Dienstmann, kommen Sie einmal her! rief Frank und winkte einen dieser immer dienstfertigen Geister herbei. Und sich dann wieder zur Obstverkäuferin wendend, meinte er: Wir wollen Beide unseren Willen haben. Zählen Sie hier dem Dienstmädchen ein halbes Schok der aller schönsten Kapsel in den Korb und anderthalb Schok geben Sie dem Dienstmann hier, der sie zum Schuhmachermeister Draht, Widengasse 11, trägt, wo sie nicht verschimmeln werden. Hier, liebe Frau, haben Sie einen Thaler und zwei Groschen für die zwei Schok, und hier, Dienstmann, haben Sie drei Groschen für Ihren Weg. Nun ist die Sache abgemacht, und nun komm', liebes Weibchen, wir wollen weiter gehen.

Ich gehe nie wieder mit Ihnen auf den Markt.

Nie wieder, das wäre schön, da ließ ich mich von Dir scheiden.

Ich bin ganz böse.

Das ist nicht wahr, Sie sind das Beste und Gütigste, das lebenswürdigste und süßeste Geschöpf auf der Welt.

Sie bringen mich in die größten Verlegenheiten.

Ich bringe Sie auch wieder heraus.

Und so viel Geld zu verschwenden.

Ich verdiene jetzt heidenmäßiges Geld, und da muß man auch etwas ausgehen lassen.

Wenn Sie so viel verdienen, warum sehen Sie denn da nicht lieber, daß Sie endlich aus der Wechselhaft kommen?

Das hat verschiedene Gründe. Erstens habe ich mich so eingewohnt, daß ich mich schwer losreißte; zweitens scheue ich die Mühe, mir eine passende Wohnung zu suchen, und drittens und letztens möchte ich meinen Gläubiger gern noch ein Weilchen ärgern. (Fortf. folgt.)

gründete dieses seltsame Urteil damit, daß die Feuilleton-Ausgabe infolge der Billigkeit der Zeitungen dem großen Publikum zugänglich sei, wohingegen die theuere Buch-Ausgabe nur von Wenigen und Gebildeten gekauft werden könne, auf welche die Lektüre nicht demoralisierend wirke. Der Pariser Gerichtshof ist also der Meinung, daß an der zahlungsfähigen Moral der Reichen und „Gebildeten“ nichts mehr zu verderben ist, daß aber das arme und ungebildete Volk eine Moral habe, an der noch etwas verborben werden kann. Stimmt übrigens so ziemlich. In ähnlicher Weise, wenn auch nicht mit ganz so scharfer unfeindlicher Spitze, wurde seiner Zeit unter der Herrschaft des Bismarck'schen Sozialistengesetzes jede billige Schrift über die soziale Frage verboten, während das „Kapital“ von Marx, nicht seines Inhalts — der ja denkbar gefährlich — sondern seiner Theuerheit halber unbehelligt blieb. —

Aus Belgien. Mit rührender Einigkeit gehen die europäischen Regierungen gegen die Kundgebungen der Arbeiter vor. In Preußen, in Italien, in Frankreich, in Belgien ist dieselbe Walze auf der Leier. Jetzt ist auch in Pütlich der Umzug der Arbeiter für den 1. Mai verboten worden. — Der am 17. April abgehaltene Kongress der fortschrittlichen Föderation des Verbandes der Sozialisten beschloß, daß die Fortschrittspartei mit den Demokraten an der Mai-Demonstration zu Gunsten eines Normal-Arbeitstages teilnehmen soll. Er sprach sich ferner dafür aus, daß sich alle progressistischen Kandidaten für die nächsten Wahlen zur Annahme des allgemeinen Wahlrechts als Grundprinzip verpflichten müssen. —

Die bulgarische Note. Am 15. April hat die bulgarische Regierung eine sehr energische Note an die hohe Pforte gerichtet. Herr Stambulow liebt die Türkei, die als Suzerän über Bulgarien die Oberhoheit hat, gründlich den Teufel. Den türkischen Podischah schlägt, den russischen Jaren meint man. Es heißt in dem mit Fraktur geschriebenen Schriftstück, es stehe fest, daß die bulgarischen Emigranten in Rußland nicht bloß ein Asyl und Straflosigkeit, sondern auch Unterstufungen finden, die sie in den Stand setzen, Komplote zu schmieden und Attentate gegen die bulgarischen Staatsmänner vorzubereiten. Alle diese Thatsachen hätten die bulgarische Regierung sehr peinlich berührt und in Bulgarien einen bedauerlichen Eindruck gemacht. Sie reiht sich zahlreichen früheren Vorgängen an, bei welchen die russische Regierung stets ihre wohlwollenden Bestimmungen für die bulgarischen Emigranten und ihre feindselige Haltung gegen die bulgarische Regierung offenbarte. Die Note erinnert an die nach der Ermordung Beltschew's von Bankow, Rizow, Stantschew, Gruew, Banderow und Lukanow an Stambulow gerichteten Briefe, in welchen jene erklärten, sie würden weitere Attentate in's Werk setzen, an das Verbleiben Gruew's und Banderow's in der russischen Armee an die Jahrespensionen Bankow's und an den Empfang Stantschew's durch den Minister Giers. Es sei ferner eine bekannte Thatsache, daß alle bulgarischen Emigranten, welche sich in der Türkei, in Serbien und in anderen Staaten aufhalten, mit russischen Pässen versehen sind, ohne russische Unterthanen zu sein. Ja, die bulgarische Regierung habe sogar festgestellt, daß einzelne Räuüberhauptleute, die in der Türkei geboren sind und türkische Unterthanen seien, solche russischen Pässe besitzen. Abgesehen von dem ihnen von den russischen Behörden gewährten Schutz erhalten die bulgarischen Emigranten Subsidien von panslawistischen Komitees für die Organisation und Ausführung von Komplotten gegen die bulgarische Regierung, und außerdem werden ihre Reisen durch die Schiffe der freiwilligen russischen Kreuzerflotte und der Sagarinschen Dampfschiffahrtsgesellschaft erleichtert, so daß sie der Wachsamkeit der russischen Behörden entschlüpfen können. Die Sympathien aller Freiheitsfreunde gehören Bulgarien, das seinen Kampf mit einer Zähigkeit führt, die groll abtrotzt gegen die — Indolenz der westeuropäischen Mächte. —

Russisches. Die Finanznöthen „Väterchen“ sind sehr drückend, der Bankrott steht vor der Thür, und der Zar wird, wie die offiziöse Presse meldet, nach Berlin kommen, um den deutschen Kaiser zu besuchen. Dieser Besuch oder die Nachricht von diesem Besuch soll der Vorstoß zu einem Sturm auf die Geldbeutel der deutschen Spießbürger sein. Eine Pupp-Bisite, das ist des Pudels Kern. Uebrigens bringt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ (Nr. 182 vom 19. April) im höheren Auftrag ein schießendes Dementi, wonach „bisher“ keine Thatsache bekannt geworden sei, welche auf einen solchen Besuch schließen lasse. — Erbaulich klingt es, daß die mit Bestechung, Verrath, Mordmord arbeitende russische Regierung ein Gesetz vorbereitet, wonach Derjenige, der einer fremden Macht oder deren Agenten Dokumente oder Nachrichten giebt, die, wie der Betreffende wußte, der Sicherheit des Staates wegen vor einer fremden Macht geheim zu halten waren, unter Entziehung aller Rechte, der Verschickung nach den entferntesten Gegenden Sibiriens unterliegt, welche Strafe noch durch 6 bis 8 jährige Zwangsarbeit verschärft wird, wenn der Schuldige in Dienste stand. Für die Abnahme, Zeichnung oder Beschreibung von Festungen und sonstigen militärischen Bauten ohne Vorwissen der Regierung ist Gefängnis von 8 Monaten bis zu 1 Jahr 4 Monaten festgesetzt. Ist jedoch dieses Verbrechen zu dem Zwecke erfolgt, einer fremden Macht Mittheilung zu machen, so steht darauf lebenslängliche Verschickung in entfernte Gouvernements. Der lebenslänglichen Verschickung in entfernte Gouvernements unterliegen auch Diejenigen, die durch List in Festungen und sonstigen militärischen Bauten eindringen. Beamte, die aus Fahrlässigkeit Staatsgeheimnisse verrathen oder geheim zu haltende Dokumente verlieren, werden mit Gefängnis bestraft. — Einen neuen Gewaltstreik gegen Bulgarien, das der Zarismus zu provozieren nicht müde wird, hat foben mit Hilfe der Türkei die staatsverleerische russische Regierung ausgeführt.

Der Studierende am Odesaer Seminar Kuscheleff, welcher die Anstalt wegen der ihm widerfahrenen schlechten Behandlung verlassen hatte, um über Konstantinopel nach Bulgarien zurückzukehren, wurde in Konstantinopel gezwungen, den Wagon zu verlassen, und von dem anwesenden Dragoman der russischen Botschaft Stoyanoff erzuht, im russischen Kloster in Galata abzustiegen, um die Hotelkosten zu sparen. Kuscheleff gab dieser Einladung keine Folge und war Donnerstag Abend im Begriff, mit der Eisenbahn nach Sofia abzureisen, als Stoyanoff in Begleitung der Kamassen der russischen Botschaft erschien und unter Intervention der türkischen Polizei Kuscheleff verhaftete. Die hieron in Kenntnis gesetzte bulgarische Regierung beauftragte ihren

Agenten in Konstantinopel, Dimitroff, bei dem Großvizier zu protestiren und die Freilassung Kuscheleff's zu verlangen. Ueber die Ursache der Verhaftung Kuscheleff's, der Bulgare ist, wird dem Londoner „Standard“ aus Konstantinopel gemeldet, sie sei deshalb erfolgt, weil er nach seiner Ankunft in Konstantinopel die Mittheilung gemacht habe, daß die beiden Mörder des Dr. Bulfowitz drei Tage nach Verübung des Verbrechens in Odessa an Bord eines russischen Dampfers ankamen und von dem früheren russischen Konsul in Philippopol begrüßt und für ihre That belohnt wurden. —

Nachschrift. Die türkische Regierung hat befohlen, den Bulgaren Kuscheleff, dessen Verhaftung durch das russische Konsulat und spätere Festhaltung seitens der türkischen Polizei zu einer scharfen Reklamation der bulgarischen Regierung führte, wieder freizugeben und nach Sofia abreisen zu lassen. Dieses Opfer wäre den sibirischen Schergen also glücklich entrisen worden. —

„Die Kirche stürzt ein!“ In der Kirche San Dominico in Palermo riefen am 17. April während des Gottesdienstes plötzlich einige Individuen: „Die Kirche stürzt ein!“ Eine ungeheure Panik bemächtigte sich der dicht gedrängten Menge. Viele Frauen wurden ohnmächtig und verpundet. Als durch das Einschreiten der Polizei die Ruhe wieder hergestellt war, zeigte sich, daß Taschendiebstahl Alarm gemacht, um Diebstähle in kolossalem Umfang zu verüben. Zahlreiche Schmuckstücke und Portefeuilles sind geraubt worden. Weshalb wir diese Notiz, die unter die Rubrik „Vermischtes“ gehört, in der politischen Uebersicht veröffentlichen? Weil diese Nachricht ein Symptom ist. Macht nicht jetzt überall die Reaktion solchen Alarm gegen die Arbeiterbewegung, um im Trüben zu fischen, wird nicht eine internationale allen Spielern und Narren die schwachen Stirne zerrüttende Spießkomödie aufgeführt, um dem Kapitalismus Vorschub zu machen? Die Taschendiebstahl des Polizeimus sind am Werke und wehmeiern: „Die Kirche stürzt ein!“ —

Die Parlamentschwänzer.

Es ist keine Lüge zu plump und zu dumm, daß sie nicht von unseren Gegnern aufgetischt würde, sobald sie glauben, damit unserer Partei Schaden zu können. So hat auch jetzt das Organ der Zuderbarone, die „Magdeburgische Zeitung“, die eiserne Stimme zu schreiben:

„Bekanntlich haben, weil der Reichstag in der letzten Zeit seines Bestehens an chronischer Beschlunsfähigkeit litt, Erhebungen über die Beteiligungen der einzelnen Parteien an den Sitzungen stattgefunden. Es hat sich dabei herausgestellt, daß die Sozialdemokraten wiederholt das stärkste Kontingent von Parlamentschwänzern aufzuweisen hatten. Und doch standen gerade in der letzten Zeit fast regelmäßig Fragen zur Verhandlung, die für Arbeiterkreise Interesse hatten, und doch zählt die sozialdemokratische Partei ihren Abgeordneten bläuen. Man sollte meinen, der wichtigste Parteidienst hätte bei solchen Gelegenheiten der im Parlamente sein müssen. Freilich ist es kein angenehmer und leichter Dienst. Er reißt sich leichter von Stadt zu Stadt, und wie wohlthätig es ist, gegen Beschlüsse zu jetern, die man durch pflichtgemäße Beteiligungen an den Arbeiten des Reichstages vielleicht hätte verhindern können.“

Daß der Reichstag während der letzten Hälfte der langen Session an dauernder Beschlunsfähigkeit laborirte, ist richtig, frech gelogen aber ist, daß die sozialdemokratische Fraktion das stärkste Kontingent von Parlamentschwänzern aufzuweisen hatte. Wir wissen nicht, welche „Erhebungen“ das nationalliberale Magdeburger Blatt im Auge hat, auf die es seine Behauptungen stützen will. Uns sind nur zwei Wege bekannt, durch die der Präsenzstand des Hauses, und zwar in Bezug auf die einzelnen Abgeordneten sowohl wie auch in Bezug auf die Gesamtzahl der Anwesenden festgestellt werden kann, und zwar geschieht dies entweder durch Auszählung mit Namensaufruf oder durch namentliche Abstimmung. Solche Abstimmungen haben nun in der letzten Zeit der Session, d. h. von Neujahr 1892 bis Schluß, sieben stattgefunden und zwei Male wurde außerdem durch Namensaufruf ausgezählt. Diese amtlichen Feststellungen der Präsenz des Reichstages ergaben nun in Bezug auf die Anwesenheit der sozialdemokratischen Abgeordneten bei den einzelnen Abstimmungen das nachfolgende Bild, wobei wir bemerken, daß die in Klammern befindlichen Ziffern die Gesamtzahl der jeweilig anwesenden Abgeordneten zeigen. Es gaben sozialdemokratische Abgeordnete ihre Stimmen ab:

Am 21. Januar 24 (207)	Wahlprüfung.
28. „ 28 (281)	Höhererhöhung.
17. Februar 26 (243) I.	Resolution über Militärstrafgesetz.
17. „ 26 (243) II.	
29. März 24 (266)	Kreuzerflotte K.
29. „ 25 (271)	Zabakgoll.
30. „ 22 (239)	Beleggesetz.

Die Auszählung durch Namensaufruf, wobei beide Male die Beschlunsfähigkeit des Hauses festgestellt wurde, ergab folgende Zahlen:

Am 1. März 14 (188)	Telegraphengesetz.
2. „ 15 (167)	Wohlfelienantrag.

Wie sich aus der vorstehenden Zusammenstellung ergibt, war die sozialdemokratische Fraktion verhältnismäßig gut im Reichstag vertreten, sicherlich stärker als die meisten der sogenannten Ordnungsparteien, deren Bänke regelmäßig bläuen aufzuweisen, wie sie die Stige der Sozialdemokraten nur an wenigen Tagen zeigten. Was speziell aber die nationalliberale Partei betrifft, deren Organ die „Magdeburger Zeitung“ ist, so zählt dieselbe einschließlich eines Popitanten 40 Mann im Reichstag, ist also bis kurz vor Schluß der Session um 5 Mann stärker gewesen, als die sozialdemokratische Fraktion. Da erstere Partei, nach der Behauptung ihrer eigenen Organe, eine Partei von Gentleman und die politische Vertretung des durch Besitz und Bildung mahgebenden Bürgertums sein soll, so müßte man, besonders nach den Angriffen ihrer Organe auf die sozialdemokratischen Parlamentschwänzer, wohl erwarten, daß die Herren Gentleman vom ersten Staatsmann der Partei, Rudolph von Bennigsen, bis zum Ehrlingen Weinfabrikanten Reich, dem letzten Mann im nationalliberalen Praktikantenverzeichnis, sich durch besonders starke Parlamentsfrequenz ausgezeichnet haben. Wie sieht es damit aber in Wirklichkeit? Die Antwort auf diese Frage geben die nachfolgenden Zahlen, welche die bei den einzelnen Abstimmungen in obiger Reihenfolge von den nationalliberalen Abgeordneten abgegebenen Stimmen zeigen. Wir fügen zum besseren Vergleich die bei gleicher Gelegenheit abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen in Klammern bei. Es haben nationalliberale Abgeordnete gestimmt: 21. Januar 29 (24), 29. Januar 24 (28), 17. Februar, erste Abstimmung 26 (26), zweite Abstimmung 26 (26), 29. März, erste Abstimmung 31 (24), zweite Abstimmung 29 (23), 30. März 28 (22). Bei der Auszählung durch Namensaufruf: am 1. März 23 (14), 2. März 21 (15).

Das also ist die parlamentarische Frequenz der Nationalliberalen im Vergleich mit den Sozialdemokraten. Wie die Zahlen ergeben, waren beide Parteien fast immer gleich stark anwesend, eine Thatsache, welche für die nationalliberale Partei geradezu bescheidend ist, denn abgesehen davon, daß sie die an Zahl stärkere Partei ist, will doch gerade die Partei durch ihren

reichstem und staatsbehaltenden Charakter sich besonders auszeichnen.

Wir erheben nun gegen die nationalliberalen Abgeordneten den Vorwurf Parlamentschwänzer zu sein, nicht; wir wissen, daß es in diesem Punkte bei den Parteien der Rechten und besonders beim Zentrum viel schlimmer aussah. Wir weisen aber auch den gegen und gerichteten Vorwurf als eine verlogene Behauptung zurück, deren Aufstellung ebenso unverschämter wie thöricht ist, da gerade während der Zeit der chronischen Beschlunsfähigkeit des Reichstages zahlreiche und namhafte Blätter der sogenannten Ordnungsparteien die Thatsache verzeichneten, daß verhältnismäßig am stärksten noch die Bänke der Sozialdemokraten besetzt seien.

Die Sozialdemokratie hat nie darauf Anspruch erhoben, eine parlamentarische Partei im Sinne der „staatsbehaltenden“ Parteien zu sein. Andererseits aber haben unsere Abgeordneten von jeher darauf gehalten, die ihren Wählern gegenüber übernommenen Pflichten auch im Parlamente streng zu erfüllen. Wenn einzelne Organe des Reichstages demgegenüber den Versuch machen, durch unwahre Angaben die öffentliche Meinung irre zu führen, so haben, wie Figuren zeigt, Bogen auch in diesem Falle nur kurze Beine.

Parteinachrichten.

In Sachen wider den Reichstags-Abgeordneten Runert läßt der jetzt vorliegende Beschluß des Ober-Landesgerichts, der die Entlassung des Genossen Runert aus der Haft ohne Kaution anordnete, es dahin gestellt, ob dringender Thatsverdacht vorliege oder eventuell die Strafverfolgung wegen Verjährung ausgeschlossen sei. Denn jedenfalls fehlen die übrigen zur Verhängung einer Untersuchungshaft in § 112 Str.-P.-O. aufgestellten Voraussetzungen. Der Beschluß steht in Uebereinstimmung mit den dießbezüglichen Ausführungen der Verteidigung dann auseinander, daß danach entweder Kollisionsgefahr oder Fluchtverdacht vorliegen müsse, daß aber keine dieser Voraussetzungen zutrefte. Insbesondere läßt sich das Ober-Landesgericht gegen die Annahme des Landesgerichts, es liege so starker Fluchtverdacht vor, daß er selbst durch eine Kaution nicht beseitigt werden könne, dahin aus, daß der Fluchtverdacht keinen thatsächlichen Boden habe, es spreche vielmehr das Verhalten des Beschuldigten gegen die Annahme, daß er sich der Strafverfolgung beziehungsweise der etwa gegen ihn zu verhängenden Strafe durch die Flucht entziehen werde. Runert müsse sich als Reichstags-Abgeordneter und hervorragendes Mitglied der Breslauer sozialdemokratischen Partei sagen, daß durch eine Flucht seine politische Wirksamkeit lahm gelegt würde. Wiewohl Runert wußte, daß verschiedene Strafverfolgungen gegen ihn schweben, habe er die ihm als Reichstags-Abgeordneter für die Dauer der langen Sitzungsperiode gewährte Immunität nicht wahrgenommen, um sich der Verfolgung zu entziehen, sei vielmehr nach Schluß des Reichstages an seinen Breslauer Wohnort zurückgekehrt. Danach sei ein Fluchtverdacht unbegründet.

Diese Erwägungen sind durchaus zutreffend und waren bislang gegenüber nichtsozialdemokratischen Abgeordneten auch wohl stets von den Untergerichten anerkannt. Die Entscheidung über die Tragweite des Art. 121 der Verfassung ist im Fall Runert demnach noch aufgeschoben. In aller nächster Zeit wird das Reichsgericht sich in dem Prozeß, der die Verurteilung Runert's wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis aus sprach und der für die Dauer der Session durch Reichstags-Beschluß eingestellt war, mit dieser Frage zu beschäftigen haben. Wir haben übrigens hervor, daß die Einstellung und Verjährung des Verfahrens nicht eine Folge der Immunität der Abgeordneten, sondern eine Folge der Unterlassung einer zweckentsprechenden Strafverfolgung seitens der Strafverfolgungs-Behörden ist: in allen Fällen, in denen durch das Gericht innerhalb der Verjährungsfrist der zulässige Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung beim Reichstag gestellt ist, ist die Strafverfolgung zulässig.

Zur Maifeier. Die Berliner Meldung der „Kölnischen Zeitung“, wonach die zum 1. Mai von den Arbeitern geplanten Umzüge in Preußen und im Reich mit Ausnahme Hamburgs und Lübeds überall nicht genehmigt worden sein sollten, ist unzutreffend. Der Maßfestzug ist z. B. auch in Düsseldorf genehmigt, desgleichen hat man dort gegen die Abhaltung einer Versammlung nichts einzuwenden gehabt, welche in Ermangelung eines Saales auf freiem Felde stattfinden soll. Es liegt auch nicht der geringste stichhaltige Grund vor, den Arbeitern etwas zu versagen, was man den Angehörigen der übrigen Bevölkerungsklassen gewährt; derjenige soll nach geboren werden, der den Nachweis führen kann, daß durch Nichtgenehmigung der Maßfestzüge auch nur Einem Menschen wirklicher Nutzen bereitet wird. — In A o s t f findet das Fest in der durch einen Umbau verbesserten Brunnenhalle statt, als zweites Lokal ist die Warmhalle gewonnen. Die beiden größten Moskoder Lokale wurden den Arbeitern verweigert. — In Sonneberg wird das Fest wieder im Schießhause abgehalten. — Die Behörden Meißens verweigern die Ueberlassung öffentlicher Plätze; es stehen jedoch Privatgrundstücke zur Verfügung. — Elberfeld. Umzug nicht genehmigt. — Die Arbeiter von Langenbielau-Weigelsdorf und Umgegend halten das Fest in Benjaminshöhe und im Hülfschen und Scherfchen Saale ab. — Altona und Ottensen. Der Umzug wurde von der Polizei nicht genehmigt; Beschwerde ist eingelegt. Gegen die Festlichkeiten, die in vier Lokalen stattfinden sollen und öffentlichen Charakter tragen werden, hat man nichts eingewendet. — Für den ganzen 7. d a b i s c h e n Reichstags-Wahlkreis (Osterruburg-Gengenbach, Zell a. S., Oberkirch, Oppenau, Rehl) findet die Raterei in den Dreiwüchs-Sälen zu Offenbürg statt. Das Lokal faßt über 1000 Personen.

Gemeindevahlen. Bei der gestrigen Nachwahl im 1. und 2. Bezirke Nixdorf's wurden unsere Genossen der Puder Hugo Hahn mit 76 und der Restaurateur Karl Schulz mit 69 Stimmen von den Wählern der 3. Abtheilung in den Gemeinderath gewählt. Die beiden gegnerischen Kandidaten mußten mit 6 und 4, zusammen 9 Stimmen vorlieb nehmen. — In Groß-Otterleben wurde Genosse August Hoppe in die Gemeindevertretung gewählt.

Reichsländisches. Wenn ein Sozialdemokrat, schreibt die „Eisach-Bohringische Volkszeitung“ in Nr. 46, das Elend zu bereifen wolle, um für sozialdemokratische Literatur Propaganda zu machen, so würde man ihm selbstverständlich den politischen Kolportagechein abverlangen. Einen solchen Schein erhält er aber nicht, wenn er darum nachsucht und der Behörde als Sozialdemokrat bekannt ist. Erst kürzlich ist wieder einem hiesigen Genossen die nachgesuchte Kolportagebescheinigung verweigert worden, unter Berufung darauf, daß der Gesuchsteller schon bestraft sei. Die betreffende Strafe — 40 Mark — rührte aber just von einer Uebertretung des Kolportagegesetzes her und der Genosse hatte eben deshalb sein Gesuch gemacht, um mit dem Gesuch nicht auf's Neue in Konflikt zu kommen. Auf derartige Käuflichkeiten läßt sich jedoch unsere reichsländische Regierungswelt nicht ein. Die Propaganda mit Büchern, Broschüren und Zeitungen mögen andere Parteien ruhig betreiben, für die Sozialdemokraten existirt dieses Recht in der Praxis nicht. — Der in Vorstehendem erwähnte Genosse hatte an Nicht-Abonnenten Zeitungen ohne die vorgeschriebene Erlaubnis des Bezugspräsidenten vertheilt und war deshalb vom Landesgericht Colmar zu jener Strafe verurtheilt worden.

Theater.

Mittwoch, den 20. April.
Spernhaus. Cavalleria rusticana.
 Das goldene Kreuz.
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.
Deutsches Theater. Die Kinder der Gzellen.
Leistung-Theater. Das Recht der Frau. Paragraph 330.
Berliner Theater. Der Hüttenbesitzer.
Wallner-Theater. Der Löwe des Tages.
Residenz-Theater. Graf Waldemar.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Das Sonntagstünd.
Thomas-Theater. Unser Zigeuner. Ein delikater Aufrag.
Adolph Ernst-Theater. Fräulein Feldweibel.
Belkiance-Theater. Jung-Deutschland zur See.
Ostend-Theater. Der Pumpensammler von Paris.
Feropalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gedrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Konordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Eiskeller. Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.

Passage-Panopticum.
 Riese, 9 Fuß.
 Zwerg, 25 Zoll.
 Mann m. Steinkopf.
 Pigmy v. Stanley-Zwergvolk.
 10-1 4-9 Uhr

Castan's Panopticum
 Friedrichstr. 166a, Ecke Deyenstr.
Riesin u. Puppensee
Aama,
 größte Riesin,
 16 Jahre alt, 9 Fuß groß.
Prinzess Pauline,
 16 Jahre alt, 40 Zentimeter groß.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

Gratweil'sche Bierhallen
 Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Konzert
 mit humoristisch. Vorträgen.
 Großer Frühstücks u. Mittagstisch sowie 6 Billards, 3 Regeltbahnen und 2 Säle.
 F. Sadtke.

Wirthshaus zum eichenen Stab
 Stallschreiberstrasse 29
Weiß- und Bairisch-Bierlokal.
 Freunde und Genossen sind freundlich eingeladen von Kollegen G. Schöntag. Zahlstelle d. deutschen Tischlerverbandes.

Wo speisen Sie?
 In der alt-pommerschen Küche, Oranienstr. 191, Hof pt. bei Klein! Frühst. 30 Pf., Mittagstisch mit Bier 50 Pf., Abendstisch von 30 bis 50 Pf. nach Auswahl. 18962

Roabiter Gesellschaftshaus,
 Alt-Monbit 80/81.
 Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten.
 Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pfg.
 22891. **Hellmuth Peters.**

Schützenhaus, Fürstenwalde,
 3 Minut. vom Bahnhof, täglich 16 Büge. Ritten im Birken- und Kiefernwald gelegen, großer Garten, 500 Sitzplätze, 2 Regeltbahnen etc. empfiehlt sich den Herren Ausflüglern angelegentlich. Karte erwünscht. Ortsübliche mäßige Preise. Hochachtungsvoll
Otto Haupt.
 2526b

Ich warne hierdurch Jeden, meiner Frau etwas zu borgen, da ich keine Zahlung leihe. F. Hirsch, Bauarbeiter.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

General-Versammlung
 am Mittwoch, den 20. April 1892, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Seefeldt, Grenadierstraße Nr. 33.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Wahl des gesammten Vorstandes. 4. Verschiedenes.
 Da es sich um die Wahl des Vorstandes handelt, ist es Pflicht aller Mitglieder, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 385/16 **Der Vorstand.**

Verband aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Donnerstag, den 21. April, Abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung der Mechaniker im „Klubhaus“, Annenstraße Nr. 16.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: „Bilder aus der Entwicklungsgeschichte der Menschheit“. Ref.: Herr Konning. 2. Diskussion des von der Fachkommission entworfenen Fragebogens. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Nichtmitglieder sind als Gäste sehr willkommen.
 390/12 **Der Vorstand.**

Verein der in Buchbindereien u. verw. Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen.

General-Versammlung
 am Donnerstag, den 21. April, Abends 8 Uhr, in „Feuerstein's Saal“, Alte Jakobstr. 75.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Klemm über: „Körperliche und geistige Prostitution“. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Erwählung zum Vorstand. 4. Verschiedenes und Fragekasten. 407/6
 NB. Die Vereinsversammlungen finden am Donnerstag nach dem 15. eines jeden Monats statt. Die männlichen Verbandsmitglieder werden ganz besonders ersucht, ihrem Versprechen gemäß mehr als bisher für den Verein zu agitieren.
Der Vorstand.

Berlag des „Vorwärts“, Berliner Volksblatt. Berlin S.W., Beuthstr. 2.

Folgende Erscheinungen unserer Literatur können wir unseren Parteigenossen für den bevorstehenden

1. Mai
 bestens empfohlen:
Der Arbeiterschuh
 besonders die internationale Arbeiterschuh-Gesetzgebung und der
Achtstundentag.
 Von Karl Kautsky.
 Zweite Auflage.
 60 Seiten. — Preis eleg. geheftet 20 Pfennige.
 Die Broschüre ist zur Massenagitation besonders geeignet. Sie enthält eine gedrängte Darstellung über den Stand der Arbeiterschuh-Gesetzgebung in den modernen Industrieländern.

Der Kampf
 um den
Achtstundentag.
 Festschrift zum 1. Mai.
 16 Seiten. Preis 10 Pfennige.

Der Achtstundentag
 vom Standpunkte der Sozialökonomie, der Hygiene, der Moral und Demokratie.
 Rede von Robert Seidel (Fürich).
 16 Seiten. — Preis 10 Pfennige.

Raketen und Leuchtkegel,
 geschleudert in der Nacht des Sozialistengesetzes.
 Von S. Kokosky.
 Eine Festgabe zum 1. Mai.
 46 Seiten. — Preis 20 Pfennige.

Hochfluth.
 Sozialistische Zeitgedichte.
 Eine Gabe zum 1. Mai.
 40 Seiten elegant geheftet. — Preis 20 Pfennige.

Gelegenheitsgedichte
 und
Prologe für Arbeiterfeste.
 Mit einem Anhang: Winke für Redner.
 Den deutschen Arbeitern gewidmet von Manfred Wittich.
 96 Seiten. Eleg. Ausstattung. Preis 75 Pfg.

Ferner folgende Theaterstücke:
Der 1. Mai.
 Ein Zeitbild in 3 Akten von Heinar Friedrich.
 Preis geheftet 40 Pfg. (11 Rollen erforderlich.)

Die Arbeitervereine
 haben doch eine Zukunft!
 Soziales Bild in 3 Akten von Heinrich Friedrich.
 Preis geheftet 30 Pfg. (Zur Aufführung 12 Rollen nötig.)

Zu beziehen durch die Expedition des „Vorwärts“, Berlin S.W., Beuthstr. 3, sowie durch alle Kolporteurs und Zeitungsbedienten. Bei Abträgen von außerhalb ersuchen wir höflichst um gleichzeitige Einsendung des dafür entfallenden Betrages. (Porto extra.)
Wiederverkäufern Rabatt.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder u. s. w.

Verwaltungsstelle Berlin.
 Sonnabend, den 23. April cr., Abends 8 1/2 Uhr, in den „Armin-Hallen“ (rechter Garten-Salon), Kommandantenstr. 20:
Hauptversammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Kassen- und Kontrollbericht. 2. Anträge zur Generalversammlung in Dresden. 3. Verschiedenes.
 440/1 **Die Ortsverwaltung.**

Verein der Lithographen, Steindrucker u. Berufsigen. Deutschl. (Filiale der Steindrucker Berlins.)

General-Versammlung
 am Donnerstag, den 21. April, Abends 8 1/2 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75 (oberer Saal).
 Tages-Ordnung:
 1. Jahresbericht. 2. Die Verschmelzung der Filialen Berlins. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
 NB. Mitgliedsbuch legitimiert. Um zahlreiches und pünktl. Erscheinen ersucht
 Der Bevollmächtigte: Friedewald.

Dankagung.
 Hiermit sage ich all den lieben Freunden, Verwandten und Bekannten, die meiner unvergesslichen Frau die letzte Ehre erwiesen, meinen tiefgefühlten Dank. Ebenso Dank für die schönen Blumen-spenden. Herrn Prediger Funteller herzlichen Dank für die trostreichen Worte am Grabe. Auch dem Gesangsverein „Treue“ meinen herzlichsten Dank.
 Der tiefbetrübte Gatte
 Karl Schulz, Louise-Platz 28.

Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 533 L
Robert Meyer,
 Nr. 2, Mariannenstraße Nr. 2.
 NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

M. Panknin.
 Berlin SO.
 91, Adalbertstr. 91,
 Ecke Oranienstr.
 Putz- und Modewaaren.
 Frauenhüte
 in 2242L großer Auswahl.

Die rühmlichst bekannte
Betten-Fabrik
 von 20642
R. Kirschberg
 1^{te} Spandauer Brücke 1^{te}
 Gegr. 1870 verkauft streng reell
Neue Bettfedern vorzüglich füllend
 Pid. 0,50 bis zu den allerbest. nur 3, prima Halbdaunen 1,10 1,50 M.
Daunen chinesische von vorzüglicher Füllkraft 2,50, 3, — Mk., allerfeinste Schwann-Daunen 4,50, 6, — Mk.
Complete Betten, grosse neue: Oberbett, Unterbett, 2 Kissen in guter Federfüllung 12, 15, 20 Mk. bis zu den allerfeinsten Brautbetten, enorm billig. Teilzahlung gestattet.
Matratzen Kissen, ledi-feder, Seggenmatratzen nur 3,75 M., Bettstellen 4,50, Feldbetten nur 2,50 Mk.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir zu reparieren (außer Bruch) 1,50 Mk.
 Kleine Reparaturen entsprechend billiger.

Uhren, Gold- u. Silberwaaren
 Mannstr. 38,
C. Wunsch, a. d. Oranienplatz

Meyer's, Brockhaus'
 Verifon, Bücher, laust
 2276b A. Danneberg, Kochstr. 56.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins
 Andreasstr. 23 S. P.

Teppiche
 in allen Arten und Größen
 kleiner Musterfehler wegen offerieren sehr billig.
Portièren, Gardinen, Steppdecken
 in den geschmackvollsten Ausführungen zu anerkannt billigen 477M Preisen.
Reste
 von Plüsch, Fantasiestoffen, Damasten und Rippen, passend für Sophas und Garnituren, zur Hälfte des früheren Kostenpreises.
J. Adler Söhne,
 Teppichfabrik,
 Spandauer-Strasse 30,
 gegenüber dem Rathhause.

Arbeiter-Bildungsschule. Versammlung

heute, Mittwoch, den 20. April cr., Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn **Norbert, Eingang Beuthstr. 22.**
10. Zyklus-Vortrag
 des Schriftstellers Herrn W. Gölsch über: „Die Entwicklungsgeschichte der Erde, Fortsetzung: Entwicklung der Wissenschaft“. Gäste zahlen 20 Pf. Entree.
 Sonntag, den 24. April cr., Vorm. 10-12 Uhr, Unterricht in der Nationalökonomie in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 20.
Der Vorstand.

Aufforderung!

Da sich der Verein Berliner Nagelschmiede aufgelöst hat und sich dem Verband der Metall-Arbeiter Berlins und Umgegend anschließt, werden alle diejenigen, welche noch Verpflichtungen oder Forderungen an obigen Verein haben, aufgefordert, dieselben bis 30. April d. J. zu regeln.
 Die Liquidations-Kommission Berliner Nagelschmiede.
 J. A.: J. Ueberall, Breslauerstr. 14.



Die in der ganzen Welt rühmlichst bekannte
„Helm-Putz-Pomade“
 ist nur unser Erzeugniß. Dosen mit anderen Helmen und nicht mit unserer Firma, weise man als werthlose Nachahmungen zurück.

Bettfedern
 vollständig staubfrei, mit vorzüglicher Füllkraft, à Pfd. 50 Pf. bis zu den feinsten Qualitäten.
Daunen von 2 bis 5 Mark.
Complete Betten in großer Auswahl enorm billig. 2089L
N. Lehmann,
 Köpnickstraße 25 a.

Das weltbekannte
Bettfedernfabrik-
 Lager von Gustav Lustig, Berlin, Prinzenstr. 43, versendet gegen Nachn. (nicht unter 10 M.) garantiert neue vorzüglich füllende Bettfedern, Pfund 55 Pf., Halbdaunen, das Pfd. 1,25 M., h. weiße Halbdaunen, das Pfd. 1,75 M., vorzügliche Daunen, das Pfd. 2,75 M.
 Von diesen Daunen genügen 3 Pfd. zum größten Oberbett. 2258L
 Verpackung wird nicht berechnet.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren,
 reelle Waare, solide Preise.
 Ganz Ausstattungen in Mahagoni und Buchbaum. Küchenmöbel in gr. Auswahl empfiehlt 2194L
Julius Apelt,
 Sebastian-Strasse 27/28.



Bestes Nähgarn!
 Künstliche Zähne 2 Mark.
 Plomben von 1,50 M. an. Schmerzloses Zahnziehen I. M. Sprechstunden 8-7 Uhr. Zahnarzt Robert Wolf, Chausseestr. 123, am Oranienb. Thor.

Parteinachrichten.

Zur Taktik der Gegner. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt in ihrer vorletzten Nummer:

„Der Herr Papst zum Vater hat, kann leicht Kardinal werden, so lautet ein altes Sprichwort. Ebenso wahr ist es, daß derjenige, dessen Schwiegerwater ein großer Häuptling in der Sozialdemokratie ist, so leicht nicht untergeht. Deshalb veröffentlicht auch der heutige „Vorwärts“ einen Aufruf zu Gunsten des (allerdings nicht genannten) Schriftstellers Bruno Geiser in Breslau, der ein Buch über die gewerkschaftliche Organisation in Deutschland schreiben will. Alle Führer und Leiter von Gewerkschaften werden zu dem Zweck ersucht, Material an die Redaktion der „Volkswacht“ in Breslau, resp. an den Freund Geiser's, den Abgeordneten Kunert, einzuliefern. Und so wird der Schwiegerwater Viehnecht's immer und immer wieder protegirt, obgleich er auf dem sozialdemokratischen Kongress zu St. Gallen im Jahre 1887 mit Stimmeneinheit für unwürdig erklärt worden, je wieder einen Vertrauensposten in der Partei zu bekleiden.“

Der Referent muß natürlich denken, der „Aufruf zu Gunsten des (allerdings nicht genannten) Schriftstellers Bruno Geiser“ bezwecke eine sekundäre oder sonstige materielle Unterstützung, — tatsächlich handelt es sich um Beschaffung von Material für eine wissenschaftliche Arbeit über die deutschen Gewerkschafts-Organisationen („Vorwärts“ vom 15. d. M., I. Beilage oben). Der Aufruf, der beiläufig schon früher in anderen Parteiblättern gestanden hat, ist unterzeichnet von der Redaktion der „Volkswacht“ in Breslau; der Name des Schriftstellers, der die Schrift zu verfassen gedenkt, ist auch der Redaktion des „Vorwärts“ nicht genannt worden, und ist ihrer heute nicht bekannt. Jedenfalls aber ist eine solche Schrift, wenn sie sorgfältig hergestellt wird, sehr verdienstvoll. Bruno Geiser ist beiläufig nicht für unwürdig erklärt worden, je wieder einen Vertrauensposten in der Partei zu bekleiden — und seine Parteigehörigkeit wurde durch den St. Gallener Beschluß nicht in Frage gestellt.

Und nun kann man die ganze Nichtswürdigkeit obiger Notiz, die aus der Gosse eines hiesigen Winkelblattes zusammengeköpft ist, wenigstens annähernd ermessen. Wenn die „Nationalliberale Korrespondenz“ Republikanismus und korrupte Familien-Betriebswirtschaft angreifen will, dann denken wir, sände sie waschhalbig überlegenheit vor der eigenen Thüre und bei ihrem Gößen in Friedrichstraße.

Nachklang zur Gildesheimer Reichstags-Erschlagung.

Am 11. April fand vor dem hiesigen Schöffengericht die Verhandlung gegen die Pragerhelden von Wárum statt. Fünf Personen waren es, welchen die Anklage gemeinschaftliche Körperverletzung schuld gab. Dieselben hatten, wie seiner Zeit mitgeteilt worden ist, am 29. November v. J. mehrere unserer Genossen nach dem Vertheilen von Flugblättern auf offener Landstraße überfallen und drei derselben arg mißhandelt. Trotzdem nun von Religion auf dem Lande soviel die Rede ist, vermochte man bei den Angeklagten nichts davon zu erkennen, denn sie leugneten sämtlich, geschlagen zu haben. Aber damit war es nicht abgethan, denn die Aussagen der Belastungszeugen erbrachten den Beweis, daß vier derselben geschlagen hatten, während einer nicht überführt werden konnte. Obgleich nun der Vertreter der Staatsanwaltschaft sowie auch der Verteidiger der Angeklagten zugeben mußten, daß sich die Angeklagten einer strafbaren Handlung schuldig gemacht hatten, so glaubten doch beide den Angeklagten mildernde Umstände zubilligen zu müssen, welches sie damit begründeten, daß erstens die Angeklagten noch nicht vorbestraft waren, zweitens während einer Wahlperiode die Köpfe erhitzen seien und drittens, daß sich die Angeklagten gegen die staatsgefährlichen Lehren der Sozialdemokratie hätten schämen wollen. Sehr treffend stellte der Vertreter der Gemüthselikten, Rechtsanwalt Lenzberg aus Hannover, hierzu die Frage, wie denn wohl im umgekehrten Falle argumentirt werden würde, denn obgleich es jedem frei stehe, eine politische Meinung zu haben, wie es ihm beliebt, so habe doch damit noch Niemand das Recht, sich eine andere Meinung per Knüttel abzuwehren. Trotzdem Herr Lenzberg an der Hand der Thatssachen darlegte, daß kein Grund vorhanden sei, mildernde Umstände in Betracht zu ziehen, stimmte der Gerichtshof dem Vertreter der Staatsanwaltschaft zu und verurtheilte den Hauptbeteiligten, den Gastwirth Georg Thonenschmidt, zu 100 M. Geldstrafe, sowie weiteren 5 M. wegen Aufhebung des Bundes, ferner den Hofbesitzer Heinrich Gräve zu 50 M. und die beiden Knechte Simon und Ziepenitz zu je 15 M. Geldstrafe. Als Sozialdemokraten lag uns ja auch nichts daran, daß über die Staatsträter besonders harte Strafen verhängt wurden; wir haben die Genugthuung, daß ihnen durch das Gericht klar gemacht wurde, daß ihre Kampfweise gegen die Sozialdemokratie nicht erlaubt ist. Sollte trotzdem der Kampf à la Zerkow von den Bauern weiter geführt werden, so werden wir uns trotzdem nicht abschrecken lassen, sondern unverdrossen auf dem Lande weiter agitiren, bis auch der letzte Landmann Sozialdemokrat geworden ist. Was der Sozialdemokrat verspricht, das hält er auch. Wonach zu achten!

Aus Thüringen. Die soeben beendete Agitationsreise des Genossen Paul Jahn durch Thüringen war von Anfang bis Ende vom besten Erfolg für das Vordringens des Sozialismus begleitet, mit Ausnahme einer Versammlung in Steinbach-Hallenberg, in welche wie schon berichtet, besonders die so überaus „frommen“ Herren Freisinnigen und Nationalliberalen eine „Sprengkolonne“ geschickt hatten, theils um den Referenten zu insultiren, theils um die Versammlung zur Auflösung zu bringen, welche letzteres ihnen denn auch gelang. Die erste Versammlung in Jena war für unsere Bewegung von durchschlagendem Erfolg. In und um Schmalkalden, wo besonders die Metall-Hausindustrie sehr stark vertreten ist, erhalten die ausgeheiligten Arbeiter bei überaus langer Arbeitszeit ganz erbärmliche Löhne. Dort benutzen die Unternehmern ganz besonders die Religion als Rettungsmittel gegen die vordringende Sozialdemokratie, aber umsonst. Wenn auch die eine Versammlung von der rathenläufigen Motte gesprengt wurde, so haben nichtsdestoweniger unsere Ideen unter den dortigen Arbeitern festen Fuß gefaßt. Dasselbe läßt sich von Schleusingen und Umgegend sagen, wo in einer unter freiem Himmel abgehaltenen Versammlung ein Pastor ausdrücklich betonte, es sei Gottes Wille, daß es Arme und Reiche geben müsse, nicht solle, da das Christenthum erst in der „Entwicklung“ begriffen sei; der Arbeiter müsse im Schweige seines Ansehens seine Freiheit in der „Arbeit“ suchen und werde sie auch finden. Trotz stürmendem Gegenstand hielt die Versammlung geduldig aus, um die Abfertigung des Herrn Pastors durch Genossen Jahn anzuhören, und erklärte sich dann in einer einstimmig angenommenen Resolution mit dem Referenten einverstanden. In Jella - Wehlis suchte sich der dortige Herr Bürgermeister besonders bemerkbar zu machen. Mit großem Aufwand an Zeit und Geld war es den dortigen Genossen gelungen, einen Saal und die Bewilligung für die erste in jener Stadt überhaupt abgehaltene sozialdemokratische Versammlung zu erhalten. Bei der Eröffnung der Versammlung

wollte sich der Bürgermeister selbst zum Vorsitzenden ernennen, sein Bemühen wurde jedoch durch die energische Wahl eines solchen nahezu einstimmig verhindert. Nun verlangte er vom Referenten, sowie dem Vorsitzenden, der geborene Gothaer ist und seine dreijährige Militärdienstzeit vollendete, den Ausweis als „Staatsbürger“ und ließ erst dann von diesem Verlangen ab, als die Versammlung sehr deutlich zu verstehen gab, daß sie alle diese Einwendungen gründlich satt habe, so daß Jahn endlich sein 2 1/2 stündiges Referat über unser Programm bei größter Ruhe und Aufmerksamkeit der Versammlung beginnen und unter großem Beifall beenden konnte. Jetzt verlangte der Bürgermeister, daß keine Diskussion stattfinden solle, da „sonst die Arbeiter am andern Tag nicht pünktlich zur Arbeit gehen könnten“ — die Versammlung fand Sonnabend Abend statt! Es kam schließlich zur Auflösung und mit einem brauendsten dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ging man auseinander. Unter ähnlichen Schwierigkeiten kam eine Versammlung in Großkandorf bei Berga zu Stande. Der Gendarm, welcher dieselbe überwachte, gab sich alle erdenkliche Mühe, den politischen Vornahme zu spielen, wurde aber unter stürmischen Beifall der Versammlung von Jahn eines bessern belehrt. Im Großen und Ganzen können wir, wie schon bemerkt, mit den Erfolgen zufrieden sein, denn der Boden ist für unsere Sache überall günstig und die Genossen in Thüringen werden die Agitation in Städten und Dörfern kräftig weiter entwickeln, wozu die Beschlüsse der während der Osterferien in Jena stattgehabten thüringischen Landeskonferenz ihr gut Theil beitragen dürften.

Aus Posen wird und geschrieben: Der hiesige Ortsverband der deutschen Gewerksvereine hielt am 7. April im Wilschischen Restaurant eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Redakteur Goldschmidt aus Berlin einen Vortrag über „Die soziale Gesetzgebung und die deutschen Gewerksvereine“ hielt. Unter den Zuhörern befanden sich zahlreiche Genossen, sowie Angehörige hiesiger Gewerksvereine. In längerem Vortrage berührte Herr Goldschmidt oberflächlich die moderne soziale Gesetzgebung, besprach sodann einige Wirkungen derselben und gelangte schließlich zu einer Auseinandersetzung über Arbeiterkoalitionen. Bis dahin hatten die Anwesenden ruhig zugehört, als indessen der Referent sich gegen die moderne Gewerkschaftsbewegung wandte, wurde er durch treffende Zwischenrufe derartig aus der Fassung gebracht, daß er den Faden seines Vortrages verlor. Er verwickelte sich in Widersprüche und beendete seine Rede schließlich mit Phrasen, von denen zur Charakteristik derselben hier nur eine angeführt sei, nämlich: die Sozialdemokraten wählen selbst nicht, was sie wollen. In der Diskussion kritisirte Genosse Flachshaar in ruhiger, sachlicher Weise die Ausführungen des Referenten und gab sodann eine kurze Darstellung der Grundzüge der Sozialdemokratie. Hierbei wurde er vom Vorsitzenden unterbrochen und ihm das Wort entzogen, was große Unruhe hervorrief. Aus Furcht vor den sozialdemokratischen Rednern verließ dann der Vorsitzende, daß den folgenden Rednern nur 10 Minuten Redezeit gestattet seien. Hieraus widerlegten die Genossen Wiese und Riendorf verschiedene Behauptungen des Referenten in kerniger, überzeugender Weise. Sodann ergriff ein als Streikbrecher bekannter Gewerksvereiner das Wort, erntete aber nur allgemeine Heiterkeit. Redakteur Goldschmidt versuchte hierauf die sozialdemokratischen Redner zu widerlegen, kam aber über triviale Verzerrungen, welche er aus den „Sozialdemokratischen Zukunftsbildern“ von Eugen Richter reproduzirte, nicht hinaus und wurde vom Genossen Flachshaar gehörend zurechtgewiesen, der das Wertlose der „Sozialdemokratischen Zukunftsbilder“ nachwies und unter Bezugnahme auf Franz Mehring konstatierte, daß Eugen Richter kein einziges wissenschaftliches sozialdemokratisches Werk mit Verständnis gelesen habe. Ferner schilderte Genosse Flachshaar die gegenwärtige Produktionsweise und wies schlagend nach, daß dieselbe in den industriellen Großbetrieben naturgemäß übergehen muß, was die Verwirklichung der sozialdemokratischen Ideen zur selbstverständlichen Folge haben wird. Obgleich sich noch mehrere Genossen zum Worte gemeldet hatten, wurde vom Vorsitzenden Herr Goldschmidt das Schlusswort erteilt, „weil die Zeit zu weit vorgeschritten“. Redakteur Goldschmidt bewegte sich in seiner Erwiderung in oberflächlichen Ausführungen und machte dann dem Genossen Flachshaar den ehrenvollen Vorwurf, daß dessen Ausführungen auch in Marx's „Kapital“ zu finden seien. Es kam wie eine Ironie, als der Referent zum Schluss unter allgemeiner Unruhe die Anwesenden aufforderte, den Gewerksvereinen beizutreten.

Nach dieser Niederlage, nach diesem lässlichen Fiasko der Hirsch-Dandrianer brachte die „Posener Zeitung“, um die „Ehre“ der Gewerksvereine zu retten, einen unwarren Bericht, in welchem dem Spielführer weisgemacht wird, die Sozialdemokraten wären in „treffender“ und „sachlicher“ Weise widerlegt worden.

Neue Organisation. In Sandhausen-St. Jigen (Baden) ist ein Arbeiter-Wahlverein gegründet worden, der trotz der gegnerischen Machinationen fortwährend an Mitgliederzahl zunimmt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — In Reusadt (Oberschlesien) wurde Genosse Eduard Höflich von der Anklage der Majestätsbeleidigung freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt. Als Verteidiger fungirte Rechtsanwalt Marcus aus Breslau.

In Frankfurt a. M. wurden fünf Genossen, welche vor der Gewerbegericht-Wahl Flugblätter ohne polizeiliche Erlaubnis verbreitet hatten und dieselben angeklagt waren, vom Schöffengericht freigesprochen, weil sie die Flugblätter nicht an öffentlichen Orten vertheilt, sondern in die Wohnungen bestimmter Personen getragen hatten, wozu polizeiliche Erlaubnis nicht erforderlich ist.

In Otschah will die Polizei dem weiblichen Geschlecht nicht die Mitgliedschaft am Arbeiter- und Arbeiterinnenverein gestatten. In einigen anderen Orten Sachsens ist ein solches Verbot nicht ergangen. Der Verein führt Beschwerde.

Hr. Wabnik aus Berlin wurde vom Schöffengericht zu Frankfurt a. M. wegen einer Verurteilung, die sie in einer Buchdrucker-Versammlung gebraucht hatte, zu drei Tagen Gefängnis verurtheilt. Die Strafe ist durch achtstägige Untersuchungshaft verbüßt.

Tokales.

Arbeiter! Parteigenossen! Wiederrum rufen sich die Arbeiter aller Kulturländer gemäß den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse durch die Feier des 1. Mai für ihre Ziele zu demonstrieren. An diesem Tage wird das Proletariat bekunden, daß es Eins ist in dem Gedanken, Glend und Noth aus der Welt zu schaffen, und bezeugen, daß die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitalismus nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Deshalb

schlagen an diesem Tage die Herzen von Millionen Ausgebeuteten und Unterdrückten für die hohe Idee, thatkräftig an diesem Werke mitzuwirken. Gilt es doch der Propaganda für den Sozialismus, insbesondere für den Achtundentag. Um dieser Demonstration würdigen Nachdruck zu verleihen, ist es Pflicht der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen, möglichst einheitlich diese Feier zu gestalten. Durch gegenseitige Verständigung von Vertretern unserer politischen Partei, Gewerkschaften u. s. w. ist Nachfolgendes bestimmt:

Die Feier für die verschiedenen Wahlkreise findet in folgenden Lokalen statt:

- I. Wahlkreis: Brauerei Tirolli, Kreuzberg.
- II. " " Bockbrauerei, Tempelhoferberg.
- III. " " Neue Welt, Hasenheide.
- IV. " (O.) Brauerei Friedrichshain (früher Lips), Eiskunst, Landsberger Allee 40, Viktoria-Park, Frankfurter Allee 72-73, Adlershof bei Wiedemann und Manoski.
- (S.O.) Schloß Weipert, Sterneder.
- VI. Wahlkreis: Wedding-Park, Müllerstr. 178, Knappe, Müllerstr. 148, Knebel, Badstraße (Gesundbrunnen), Jägerhaus, Schönhauser Allee, Peters, Alt-Moabit 80-81, Kühlmei, Schönhauser Allee 23, Gnadt, Brunnenstr. 88, Broden, Tegeler Schaulfer,

zu welcher Billets ausgegeben werden, welche zum Eintritt in ein der genannten Lokale berechtigen. Der Preis für das Billet beträgt 20 Pf. und wird dem Inhaber desselben die vorzüglich ausgestattete Mai-Festszeitung und ein Festzeichen, welches ermöglichen soll, alle Demonstrierenden erkenntlich zu machen, unentgeltlich verabreicht. Es wird überhaupt von den Komitees aller Kreise alles aufgedoten werden, die Feier unserer Sache würdig zu gestalten. Dieselbe findet statt unter Mitwirkung aller Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes, ferner werden zur besonderen Propaganda an diesem Tage politische Festreden die Bedeutung des Tages klarlegen. Der Tag der Ausgabe der Festbillets wird später näher durch den „Vorwärts“ und die „Volks-Tribüne“ bekannt gegeben. Die bezüglichen Programme für jedes Lokal sind am Tage der Feier bei dem Vertreter des Lokals unentgeltlich zu haben. Da sich alle Partei- und Gewerkschafts-Versammlungen mit der Einheitlichkeit der Feier durch die politische Partei einverstanden erklärt haben, dürfte dieses Arrangement allseitige Unterstützung finden.

Der Billetsverkauf findet von heute ab bei allen Vertrauensmännern, sowie in allen mit Plakaten belegten Geschäften statt. Das Komitee.

In einer imposanten Agitationstour gestaltete sich die am Charfreitag vom Sozialdemokratischen Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises unternommene Landpartie nach Tegel und Umgegend. Pünktlich um 8 Uhr Morgens setzte sich der Zug von etwa 200 Genossen, selbstverständlich unter der bekannten Aufsicht (!), die aber bald sich seitwärts in die Büsche schlug, vom Sammelpunkt in der Hochstraße aus in Bewegung; nur an einigen Kreuzungspunkten der Müllerstraße waren jene bekannten „Unheimlichen“ aufgestellt, denen aber leider nichts zu fischen übrig blieb. — In Tegel beim Schankwirth Schulz hatte vorzögliger Weise, um die Ruhe der lieben Tegeler nicht durch den herrlichen Geseh der zahlreichen Gefangenvereine stören zu lassen, die „Hochwohlthätliche“ davor gesorgt, daß wir unser Frühstück ohne Geseh einnehmen mußten; desto kräftiger erschollen aber hernach jene Rassengefänge im Walde, wie man sie nur von Arbeiterleuten zu hören gewöhnt ist. Dem Gros der Theilnehmer waren inzwischen etwa 20 Genossen als Avantgarde vorausgeeilt, die die Verbreitung unserer Arbeiterlektüre sich sehr angelegenlich sein ließen; kein Haus blieb verschont vom „Volksblatt“ für Teltow, Niederbarum u. s. w. — Von Tegel ging's nach Schulzendorf, wo ebenfalls „lustig drauf los gewühlt“ wurde. — In Herrnsdorf dasselbe Vergnügen; hier hatten sich leider die Genossen noch einem Lokal begeben, dessen Inhaber aber für gewöhnlich für Arbeiter nicht eingenommen ist und er glaubte nun dieses „ungewöhnliche“ Geschäft schon gemacht zu haben, als ein Genosse, durch Herrnsdorfer von der Sachlage unterrichtet, sofort die Aufforderung an die beiläufig auf etwa 1000 Mann angewachsenen Theilnehmer richtete, den Staub von den Hüften an der Schwelle dieses unglücklichen Wirthes zu schütteln, und wie ein Mann erhoben sich Alle, und Stille zog wieder ein in Trojas Hallen, deren Hüter nun philosophische Betrachtungen anstellen konnten, ob es wahr ist mit jenem Wort Hegel's: „Was ist, ist vernünftig!“ — Es ging nun weiter zum Schmoth, in dessen geräumigem Saal einige Soloparier von sangestundigen Genossen und erfreuten. Beim Abmarsch ließ uns hier ein „Grünröthiger“ in die Quere, der aber uns leider nicht belästigen konnte. In Stolpe hatten einige Genossen dann eine leichte Auseinandersetzung mit einem „Eisenbahner“, der, wie uns versichert wurde, öfters schon mit dem fahrenden Publikum kollidirt; also Achtung vor diesem! In Hohen-Neuendorf überstanden wir dann noch pflichtschuldigst dem Herrn Lehrer, einem ehemaligen Schulamtsrath, unser Arbeiterorgan, damit er hieraus sich etwas über die „Umgegend seiner Schulstube“ informiren könnte. Hier wurde nun für dieses Mal Halt gemacht mit dieser „Wählerei“; die Eisenbahn nahm uns auf und nun ging's zurück nach Berlin mit dem Bewußtsein, einen „guten Tag“ verlebt zu haben, der beitragen möge zur Aufklärung der ländlichen Bevölkerung; mögen ihm noch viele und bessere folgen, der Erfolg wird sich am Wahltag 1896 zeigen. Mögen aber auch die Mitglieder des Wahlvereins ihrer Pflichten eingedenk sein und in Zukunft bei der Vertheilung eines Flugblattes zahlreicher als beim letzten Mal zu erscheinen.

Als Osterfest sind den Arbeitern des Riemer'schen Baues in der Dorfstraße, Maurern, Zimmerern, Putzern u. s. w., Eugen Richter's „Zukunftsbilder, frei nach Bebel“ unentgeltlich beschoert worden. Sehr erfreut waren die Arbeiter nicht; sie rümpften die Nase über das merkwürdige Osterfest und meinten: Ein faules Ei!

Die frommen Pastorenblätter betrachten es bekanntlich als ihre vornehmste Aufgabe, der Sozialdemokratie den Boden abzugraben, wie denn heute die gesammte Geistlichkeit zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie mobil gemacht worden ist. Die Kampfmittel, welche gegen uns zur Anwendung gelangen, haben mit den berühmten „geistigen“ Waffen wenig gemein, dieselben sind sehr oft mehr denn zweifelhafter Natur. Von jeher ist von unseren Gegnern die Praxis verfolgt worden, Vergehen einzelner Personen der ganzen Partei in die Schuhe zu schieben. Wenn der Kassirer eines Arbeitervereins dies- oder jenseits des Ozeans von der Noth getrieben sich vertheilt lieh, aus der ihn anvertrauten Kasse einige Groschen widerrechtlich sich anzueignen, da stimmt auch die kapitalistische Presse sofort ein Triumphgeschrei an: Seht, wieder Einer! So treiben's die Sozialisten sammt und sonders: Stehlen, Morden, Sengen, Brennen! Die Pastorenblätter betheiligen sich sehr recht munter bei einer

solchen Hehe sie marschieren an der Spitze, wenn es gilt, die Sozialdemokratie aus irgend einem ungerechtfertigten Grunde zu verdrängen.

Und doch hätten gerade diese frommen Blätter Ursache genug, vor ihrer eigenen Thüre zu stehen, denn auch unter den Frommen im Lande giebt es Elemente genug, welche das Tageslicht scheuen müssen. Für diese Elemente die Verantwortlichkeit zu machen, fällt uns gar nicht ein, wir verzichten darauf nach dieser Richtung hin Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Befolgen wir die journalistische Praxis unserer Gegner, dann müßten wir z. B. den ehrbaren Pastor Müller in Goldensfeld so fest an die Rockschöße der Pastoren heften, daß dieselben ihren Goldensfelder „Brüder in Christo“ nicht mehr abzuschütteln vermöchten. Wir haben in unserer letzten Nummer schon kurz die Verurteilung dieses Mannes zu 14 Jahren Zuchthaus erwähnt, welche erfolgt ist, weil Müller die Urkundenfälschung, Unterschlagung und den Betrug systematisch lange Jahre betrieben hatte. Aus dem ausführlichen Bericht über die Verhandlung, der uns jetzt vorliegt, ist ersichtlich, daß der fromme Herr seine Gemeinde geradezu ausgeplündert hat. Er fälschte Alles, was ihm unter die Finger kam: Kirchenrats-Protokolle, Briefe, Wechsel, Bücher. Auf diese Weise ergaunerte sich Müller 2-300 000 M., die er verschleuderte und verprasste. Das Geld der Wittwen war ihm ebenso wenig heilig wie das der Waisen. Er veranlaßte die vertrauensvollen Mitglieder seiner Gemeinde, ihr sauer erspartes Geld ihm zur Aufbewahrung anzuvertrauen. Kein Mensch hat auch nur einen Pfennig wieder gesehen. Einem Zimmerlehrer wurde auf diese Weise 120 M., einer Magd 40, einer anderen 60 M. abgenommen. Der Herr Pastor schonte auch die Mitglieder seiner eigenen Familien nicht, er betrug seine Zante um 20 000 Mark, seine Schwestern um 18 000 Mark. Und all das nur, um sich Extrapferde und Wagen halten zu können, und 60 Mark-Diners einnehmen zu können. Als der Schwindel sich nicht mehr länger verbergen ließ, wurde der Pastor flüchtig, es gelang aber, ihn dingfest zu machen. In der Verhandlung führte der Angeklagte an, daß er erst beabsichtigt habe, sich das Leben zu nehmen. Hierzu hat ihm aber wohl der Muth gefehlt, und so will er sich der Behörde selbst haben stellen lassen. Ehe er aber hierzu kam, hatte ihn die Gendarmerie schon beim Kragen. Der Gerichtshof konnte unter diesen Verhältnissen Milde nicht walten lassen, er erachtete es als strafverschärfend, daß der Angeklagte das ihm entgegengebrachte Vertrauen in der größten Weise verletzt habe, daß er die Leute um ihre sauer ersparten Ersparnisse gebracht habe, um luxuriös leben zu können. Als strafverschärfend fiel ferner ins Gewicht, daß der Angeklagte Jahre lang in der raffiniertesten Weise eine große Anzahl von Fälschungen begangen und endlich, daß er selbst seine Familie und Anverwandten ins Unglück geführt habe. Strafmilderungsgründe kamen nur wenige zur Geltung: das umfassende Geständnis des Angeklagten, daß er sich schließlich bereit gezeigt hat, seine Missethaten zu büßen und endlich, daß er keinen Halt mehr fand, als er einmal auf der abschüssigen Bahn angefangen war. In der Bevölkerung wird die Erinnerung an den Fälscher, Betrüger und Pastor so bald nicht verschwinden, die durch ihn ruinirten Existenzen werden lange Zeit zu kämpfen haben, ehe sie ihren Verlust verschmerzen. Es wird sogar eine ganze Anzahl geben, bei denen dies überhaupt nicht mehr möglich ist.

Der Pastor Müller steht nicht vereinzelt da. Sollte man eine Statistik aller der Geistlichen, die sich grober Verbrechen gegen Eigentum und Sittlichkeit schuldig gemacht haben, aufnehmen, man würde finden, daß sie hinreichen würden, um eine besondere Pastoren-Strafanstalt mit ihnen anzufüllen. Demnach kommt die Anklage gegen den Pastor Harber zur Verhandlung; auch ein Spiegelbild für jene munderthümlichen Pfaffen, welche die Hehe gegen die Sozialdemokraten betreiben, um die Aufmerksamkeit von den Lasten und Verbrechen in ihrer Mitte abzuwenden.

Die lutherische Mindergesellschaft hat jetzt treue Bundesgenossen in den ultramontanen Jesuitenblättern gefunden. Nachdem wir den „Reichsboten“, der sich erschreckt, die politischen Raubmörder der Sozialdemokratie an den Rockschößen zu hängen, gebührend abgefertigt, springt die „Germania“ für den „Reichsboten“ ein, und vergißt in ihrer Wuth vollständig, daß ihr noch der Kaufmann an den Rockschößen hängt, den keiner ihrer gegenwärtigen Freunde ihr noch freitig gemacht hat. Die sozialdemokratischen Schimpfereien gegen die Pfaffen haben die Raubmörder gegen den Priester gehetzt! Wir haben nicht die Liebhaberei auf die Pfaffen zu schimpfen, nur wenn die Pfaffen es mit ihren frechen und heuchlerischen Schimpfreden zu arg treiben, klopfen wir ihnen auf die Finger, und vor Allem dann, wenn sich ein Pfaffe aufspielt, als beleidige man Gott, wenn man ihn angreift. Die „Germania“ versteigt sich zu folgenden blödwichtigen Aeußerungen: „Der Liebschneit kennt gewiß den 20 Jahre alten Bers seines guten Bekannten, — wir bitten unsere Leser um Nachsicht, daß wir diese Nothheit wiedergeben —, welcher lautet: „So lange bleibt, daß Gott erbarm! — Das arme Volk betauwelt, — Was an dem letzten Pfaffenbarm — die letzte Nonne baumelt.“ Nun, dieser Bers ist nicht 20 Jahre, sondern wohl über 40 Jahre alt und stammt von einem Vichon'schen sog. „guten“ Revolutionär her, der sein Pfaffengeschimpf vollaus voll gemacht hat durch noch verrückteres Schimpfen auf die Sozialdemokraten. Dieser Bers ist auch nur eine Nachahmung der Verse eines französischen Encyclopädisten, also eines der Väter des bürgerlichen Liberalismus: Alors on prendra les entrailles d'un prêtre au défaut d'une corde pour étrangler les rois, zu deutsch: Dann wird man die Eingeweide eines Priesters nehmen in Ermangelung eines Stricks, um die Könige zu erdrosseln. Und als der Kaufmann den Ultramontanen an den Rockschößen gehängt wurde, da veröffentlichte ein nationalliberaler Hof-Schornsteinjägermeister in Braunschweig „Gegen die Schwarzen“ ein Lied, in dem es heißt:

Mit Gott wird da die Menschheit ja
Sich in das Mittel mengen,
Und alle Pfaffen, fern und nah,
Erwürgen und erhängen.

Wir waren in jener Zeit die Einzigen, die gegen das „an die Rockschöße hängen“ Front machten. So große Gegner des Pfaffenthums wir auch sind, so wenig haben wir Reizung zu dem Schimpfen auf die Pfaffen, das wir gerne den liberalen Schreibern und deren Pfaffenbandagen überlassen. Wenn wir das Pfaffenthum bekämpfen wollen, haben wir gar nicht nöthig auf die Pfaffen zu schimpfen, in unserer christlichen Staatsgenügen dazu die katholischen und protestantischen Lehrbücher; man braucht bloß den Katholiken die protestantischen und den Protestanten die katholischen in die Hand zu geben, da wird das gegenseitige Geschimpfe schon besorgt.

Die ländlichen Arbeiter sind das Schmerzenskind der Großgrundbesitzer. Schwere Arbeit, geringer Lohn und schlechte Behandlung treiben die Arbeiter aus den Dörfern in die Städte, aus den Ackerbau treibenden Provinzen des Ostens in die industriereichen Gegenden des Westens. Um diesem „Uebelstand“, der die Großgrundbesitzer besonders in der Erntezeit in die Nothwendigkeit einer wenigstens vorübergehenden höheren Lohnzahlung versetzt, abzuhelfen, ist schon allerlei versucht worden. Man hat Soldaten für die Ernte-Arbeiten hergeschickt, man hat den vor Jahren rücksichtslos ausgewiesenen russisch-polnischen Arbeitern den zeitweiligen Aufenthalt in Deutschland wieder gestattet u. s. w. Es ist auch vorgeschlagen worden, die „Sachengänger“ durch Beschränkung der Freizügigkeit oder durch Erhöhung der Personentaxe auf den Eisenbahnen zu bekämpfen. Diejenigen, welche die Selbsthilfe der Staatshilfe vorziehen, haben es mit Arbeitsnachweiser und Vereinen versucht. Wir meinen hier nicht den „Centralverein für Arbeitsnachweise“ oder den „Verein zur Besserung entlassener Strafgefangener“, obwohl beide es sich ebenfalls an-

gelegen sein lassen, das Land mit billigen und willigen Arbeitern zu versorgen. Wir meinen die zahlreichen Vereine, zur Besserung der ländlichen Arbeiterverhältnisse, die ihr Netz über ganz Deutschland ausbreiten und vermittelst eines Heeres von Agenten einen vollständigen Handel mit weißen Sklaven betreiben. Um diesen Handel noch schwinghafter gestalten zu können, hat sich, wie die „Mittheilungen über Landwirtschaft u. s. w.“ schreiben, jetzt der in Halle bestehende „Verband zur Besserung der ländlichen Arbeiterverhältnisse im Gebiete des landwirtschaftlichen Centralvereins der Provinz Sachsen u. s. w.“ der Aufgabe unterzogen, eine einheitliche Regelung der Arbeitsvermittlung zwischen Stadt und Land herbeizuführen. „Die durch die jetzt eingetretene Arbeitslosigkeit in den großen Städten entstandene Nothwendigkeit, brauchbare (soll heißen: billige) Arbeiter für das Land zurückzugewinnen, ließ es dem Verbandsangezeigte erscheinen, eine ausgedehntere Organisation der Arbeitsvermittlung anzubahnen.“ Er hat deshalb an sämtliche landwirtschaftliche Centralvereine des Deutschen Reiches die Aufforderung gerichtet, die Gründung ähnlicher Verbände für ihre Bezirke anzuregen. Im Großherzogthum Sachsen-Weimar, im Königreich Sachsen, in Schlesien, in Pommern u. s. w. ist die Gründung solcher Verbände theils bereits erfolgt, theils steht sie bevor. Sodann hat sich der Verband in Halle an die Behörden aller größeren Städte mit der Bitte gewandt, nicht nur aus Anlaß der dort hervorgetretenen Arbeitslosigkeit Stellen für Arbeitsvermittlung einzurichten, sondern auch die sich meldenden Arbeiter, welche Arbeit auf dem Lande annehmen wollen, den betreffenden Vereinen bezug. Verbänden direkt schriftlich nachhaft zu machen. Der Verband beschränkt sich jedoch, wie sich aus den Sitzungen ergibt, nicht bloß darauf, „das Recht und die ehrliebe Arbeit seiner Mitglieder zu schützen und ihnen in ihren Bestrebungen zur Besserung der Lage der ländlichen Arbeiter zu helfen.“ Er will seine Mitglieder nicht nur sichern „gegen den delosen Kontraktbruch ländlicher Arbeiter“, was durch einen bei hoher Konventionalstrafe aufrichtig zu haltenden Besatz Kontraktbrüchiger Arbeiter erreicht werden soll, er will sie im Falle eines solchen Kontraktbruchs nicht nur „unterstützen durch Nachweis von Arbeitern“, er will sie auch „verteidigen gegen die immer zahlreicher in der Presse auftretenden Dekretirer“ und ihnen „beistehen im Kampfe gegen die sozialdemokratische Agitation auf dem Lande“. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie bedeutet hier einfach den Kampf gegen die Arbeiter, die man unter die Zuchtpeitsche der Gutbesitzer zwingen will.

Für die Nothwendigkeit einer Aenderung unseres Verfassungsrechts liefert ein amtlicher Bescheid des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg einen beachtenswerthen Beitrag. Die sechszehnjährige Anna D. trat in Berlin am Neujahrstage 1892 bei dem Kaufmann Lindemann in Stellung. Bereits am Morgen des 2. Januar wurde sie aber entlassen, weil das junge Mädchen die schwere Sünde begangen hatte, den Kaffee zu lochen, bevor sie sich gefürchtet hatte und weil sie beim Ordnen der Geschellen ein Bett etwas niedriger als das zweite aufbette. Ihr Vater, ein fleißiger aber armer Tischler, war mit dieser Entlassung aus anderen Gründen einverstanden. Als aber als Grund des Dienstaustritts in dem Dienstbuch nicht etwa detaillirt die Missethat angegeben, sondern unter Aufstellung eines allgemeinen Urtheils vermerkt wurde „wegen Unsauberkeit entlassen“, schien ihm dieser Bescheid denn doch eine zu harte Strafe für die erwähnten sarkastischen Vergehen seiner jungen Tochter: er schlug den allein im Gehege zugelassenen Weg der Beschwerde bei der Polizeibehörde ein. Der Erfolg war, daß das Polizeipräsidium bestätigte „die amtlichen Ermittlungen haben ergeben, daß die Anna D. nicht sanfter genug war“. Auf eine weitere Beschwerde hat nunmehr der Oberpräsident nach Prüfung der Sache erwidert, daß dieser Vermerk zutreffend ist, da die D. jugelunden hat, am Morgen des 2. Januar 1892 im Hause des Kaufmanns Lindemann den Kaffee bereitet zu haben, ohne daß sie sich vorher gewaschen und getäuscht hat“. Wegen solcher Lappalien ist es also nach der geltenden Gesetze-Ordnung von 1893 möglich, einem sechszehnjährigen Mädchen ein allgemeines Zeugnis der gedachten Art zu ertheilen und ihm es dadurch fast unmöglich zu machen, einen neuen Dienst zu erhalten! Das Mädchen ist nach Amerika gereist, um in der neuen Welt sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen, den in der alten Welt zu erhalten der moderne Urtasbrief ihr verweigert. Wenn aber schon die „ungefährte und ungewaschene“ Vereitigung des Morgenkaffees einen unaußsprechlichen amtlich besiegelten Sanberkeitsdefekt hervorgerufen im Stande ist — an welchem Ueberflus eines Mangels von Sauberkeit leiden dann nach oberpräsidialer Bestätigung erst jene „Damen“, die den Morgenkaffee genießen, „ohne daß sie sich vorher gewaschen und getäuscht haben“!

Einem großen Menschenankauf veranlaßte am Sonntag Vormittag 7 1/2 Uhr ein Vorgang in der Kurfürstentrasse zwischen Steinweg und Potsdamerstraße. Zwei Herren, scheinbar angegriffen, gingen des Wegs und schlug der jüngere einem 14jährigen Knaben mit dem Stock über den Kopf, während der ältere ihn mit dem Fuß vom Trottoir hinweg stieß, so daß er zu Boden fiel. Dieser Vorgang rief natürlich den größten Unwillen hervor, der sehr gereizt schien, sich den beiden Herren fahrlässig zu machen. Zwei hinzukommende Schutzleute führten die beiden Herren nach der Polizeiwache, wo dieselben sich als Geheimerechnungsratht Tirtot und dessen Sohn Dr. med. Tirtot legitimirten. Die Herren waren auch auf der Polizeiwache sehr ungenügend, daß ihre Titel nicht schon genügt, um ihnen den Weg zur Wache zu ersparen, und schimpften auf die „Aufsungen“, worunter sie die entrüsteten Zeugen jenes Vorgangs verstanden. Der Knabe hatte sich schon vorher entfernt. Es wäre erwünscht, wenn die Eltern des Knaben ermittelt würden, um eventuell auch Auskunft zu geben.

Vom Reichstags-Abgeordneten Stadthagen erhalten wir folgendes Schreiben behufs Veröffentlichung:

Die Straf-Prozessordnung und die Rechtsanwalts-Ordnung zwingen mich, mit dem Staatsanwalt und dem Ober-Staatsanwalt demüthigt mich über meine Aeußerungen in folgenden Versammlungen auszusprechen:

- Vom 16. April 1889: Versammlung des Vereins zur Erzielung volkswirtschaftlicher Wahlen im Osten Berlins.
- Vom 1. Juli 1889: Öffentliche Versammlung für Friedrichsberg und Längend.
- Vom 16. Juli 1889: Im Arbeiter-Bildungsverein „Nord“.
- Vom 17. Juli 1889: Im Wahlverein für den 1. Wahlkreis.
- Vom 18. Juli 1889: Im Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Tischler Berlins.
- Vom 6. Oktober 1889: In Reinickendorf.
- Vom 5. November 1891: Im 5. Wahlkreis.
- Vom 27. November 1891:
- Vom 12. Januar 1892: Im 2. Wahlkreis.

Da es voraussichtlich nothwendig werden wird, dem Gericht vorzulegen, was der überwachende Beamte nicht verstanden hat, so bitte ich die Genossen, die sich eines der Vorträge entsinnen, mir möglichst umgehend Mittheilung über ihre Adressen zugehen lassen zu wollen. Die gleiche Bitte richte ich an die Genossen, die der Versammlung in Liebenwalde, in der vorher sprach, und die in Hohen-Neuendorf am 23. August 1889 zugegen waren, als ich von Neuendorf nach Belten fuhr.

Berlin, den 17. April 1892.
Arthur Stadthagen,
Sandsbergerstraße 62.

Polizeibericht. Am 16. d. M. Vormittags fiel ein Rutscher vor dem Hause Königsgräberstr. 137 von dem von ihm geführten Postwagen herab und erlitt eine so bedeutende Verletzung an der Stirn, daß seine Ueberführung nach der Charite erforderlich wurde. — Beim Reinigen der Thüre des Hauses Potsdamer-

straße 82a fiel Nachmittags der Portier Raumann mit der Stiegleiter um und erlitt einen Doppelbruch des Unterschenfels. Er wurde nach der Charite gebracht. — Als Abends ein Gärtner wegen ungebührlichen Betragens aus der Herberge Oranienstr. 105 gewaltsam entfernt wurde, fiel er von der nach dem Hofe führenden Treppe und brach anscheinend das Handgelenk. — Am 17. d. M. Morgens schoß sich ein Buchhalter in seiner Wohnung in der Treckowstraße mittels Revolvers eine Kugel in den Kopf und mußte, schwer verletzt, nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden. — Vormittags fiel ein Arbeiter auf dem Landberger Platz beim Bestimmen des Verdecks eines Omnibuswagens aus eigener Unvorsichtigkeit von der eisernen Aufgangstreppe auf das Straßensplaster, so daß er benimmungslos liegen blieb und nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Ein Schankwirth machte in seinem Geschäftszimmer in der Neuen Friedrichstraße einen Selbstmordversuch, indem er sich die Pulsader der rechten Hand durchschnitt. Er wurde nach Anlegung eines Nothverbandes in schwerem Zustand nach der Charite gebracht. — Nachmittags wurde ein Monteur an der Ecke des Grünen Weges und der Kraußstraße, als er von dem Vorderraum eines in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagens herabsprang, von einem gerade vorbeikommenden Omnibuswagen erfaßt und überfahren. Er erlitt einen Bruch des rechten Armes und mußte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden. Am 18. d. M. Nachmittags brachte sich ein Maurer in seiner Wohnung in der Oppelnerstraße mittelst Revolvers zwei Schüsse in die Brust bei und verstarb auf der Stelle. — Vor dem Hause Wallstr. 29 wurde eine 81 Jahre alte Frau von zwei Knaben beim Spielen umgerannt und erlitt eine so schwere Verletzung an der Hüfte, daß sie nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht werden mußte. — In der Nacht zum 19. d. M. stürzte ein 60jähriger Schlächtergehilfe nahe der Schloßbrücke in den Sprockanal, fiel dabei auf einige aus dem Wasser hervorragende eiserne Pfähle und erlitt dadurch eine so schwere Verletzung des Kopfes, daß der Tod auf der Stelle eintrat. — Am 15., 16. und 18. d. M. fanden sieben keine Brände statt.

Gerichts-Beilage.

Als ein gemeinsamer Betrüger zeigte sich der Kaufmann Julius Holz, welcher gestern der zweiten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. Der Angeklagte, der Inhaber eines kleinen Zigarrengeschäfts in der Seidelstraße war, suchte seine Opfer unter den Beschäftigtenlosten, welche im Stande waren, eine Kaution zu stellen. Widelte sich Jemand auf eine von dem Angeklagten veröffentlichte Anzeige, so spiegelte der Begleiter dem Bewerber vor, daß er noch in anderen Stadttheilen Geschäfte bestige, für welche er Verkäufer suche. Daß der Stellenjuchende nie in einem Zigarrengeschäfte thätig gewesen, war kein Hinderungsgrund, sondern dem Angeklagten gerade erwünscht, denn er konnte dadurch denselben unter der Begründung, daß er das Geschäft erst erlernen müsse, in seinem Laden in der Seidelstraße beschäftigen. Die Kaution ließ der Angeklagte sich je nach der Vermögenslage des Bewerbers bis zur Höhe von 300 bis 600 Mark im Voraus zahlen. Nach einiger Zeit theilte der Angeklagte seinem Gehilfen mit, daß er zwar ein zweites Geschäft noch nicht bestige, aber dem Ankauf eines solchen im Auge gehabt habe. Dieser Plan habe sich zerfallen und er könne einen Verkäufer somit nicht gebrauchen. Die Kaution hatte der Angeklagte inzwischen für sich verbraucht, er hielt den Entlassenen unter aller Aufsicht hin, bis dieser schließlich einfiel, daß er betrogen war, da der Angeklagte garnichts befoh. Wegen mehrerer deraußer Betrügereien verfuhr der Angeklagte zur Zeit eine einjährige Gefängnisstrafe, es standen gestern noch drei nachträglich zur Anzeige gelangte Fälle zur Aburtheilung an. Die Betrogenen waren in diesen Fällen ein Bäcker, ein Klempner und ein Arbeiter. Der Vorliegende, Landgerichts-Direktor Brausevotter meinte, es sei bedauerlich, daß die Einrichtung nicht hersehe, daß der Angeklagte so lange im Gefängnisse arbeiten müsse, bis er von seinem Verdienst die Betrogenen schadlos halten könne. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Zusatzstrafe von einem Jahre Gefängnis und zweijährigen Ehrverlust; der Gerichtshof ging weit über den Antrag hinaus, indem auf eine Zusatzstrafe von zwei Jahren Gefängnis und dreijährigen Ehrverlust erkannt wurde.

Soziale Uebersicht.

Au die Mitglieder des Fachvereins der Tischler Berlins und Umgegend. Kollegen! In der letzten außerordentlichen Generalversammlung am 27. März wurden die Bedingungen endgiltig festgestellt, unter welchen sich die Mitglieder des Vereins der hiesigen Tischler der Verband anschließen wollen. Die Ausführung der in der betr. Resolution ausgesprochenen Bestimmung, daß sämtliche vom Fachverein unterhaltenen Einrichtungen zur Vertretung der Interessen der Berliner Tischler auch vom Verband hochgehalten werden sollen, hängt noch von der Anerkennung seitens der Verbandsmitglieder ab; solange dieselbe nicht im vollen Umfang erfolgt ist, hält der Fachverein seine Thätigkeit anrecht. Da eine Verständigung im Interesse beider Theile liegt, so erscheint dieselbe nicht ausgeschlossen. Jeder zielbewusste Kollege sollte deshalb darauf hinarbeiten, daß eine Zersplitterung der Organisation vermieden wird, denn nur durch volle Einmüthigkeit haben wir den Kampf gegen die Annahme der Unternehmern führen können. Durch gemeinsames Zusammenarbeiten konnten wir auch nur die Folgen des traurigen Nachspiels der 1884er Lohnbewegung beseitigen, indem wir darauf hingearbeitet haben, daß die Kollegen volles Vertrauen zur Organisation, zum Fachverein gewinnen konnten.

Wir erlauben daher alle Kollegen, ihre Beiträge an den Verein noch wie vor zu entrichten, ganz besonders aber in der Agitation für die Organisation nicht zu erlahmen, sondern das gemeinsame Werk weiter zu fördern, damit wir getrübet den Unternehmern gegenüberstehen.

Ferner erlauben wir die Kollegen, welche mit den durch die Gewerbe-Ordnung vorgeschriebenen und von den Unternehmern verfaßten Werkstatt- oder Fabrikordnungen nicht einverstanden sind, die nicht anzuerkennenden Bedingungen, sowie die Wünsche ihrerseits auf unserm Arbeitsnachweis, Wallstr. 7-8, niederzulegen, damit eine allgemeine Verständigung in dieser Beziehung, event. eine Befprechung in einer hierzu einzuberufenden Versammlung herbeigeführt werden kann.

Der Vorstand des Fachvereins der Tischler.

Die Schuhmacher erlauben ein Fernhalten des Jugend nach Neumünster in Holstein, Barmstedt, Bries, Ostrow, Ottenen, Parchim und Rempes.

Der christliche Staat als Grubenbesitzer. Aus Altenwald wird uns zu der Herold'schen Depesche, wonach die königliche Bergwerksdirektion Saarbrücken mehrere Bergleute, welche bei der Arbeiterbewegung thätig gewesen waren, wieder in Arbeit gestellt haben sollte, geschrieben: Es sind thätig Leute angelegt, aber keiner, der für die Emancipation der Bergarbeiter eingetreten ist, sondern nur solche, welche das Wort „Mauschbacher“ denjenigen zugerufen hatten, welche beim Streik arbeiteten. An ein Anliegen der für die Interessen der Bergarbeiter Gemahregelten ist nicht mehr zu denken, da die Grubenanschüsse, welche diese Angelegenheit bis jetzt aus die Tagesordnung jeder Sitzung setzten, nie darüber gehört, sondern ihnen gesagt wurde: Die und die Bergleute würden nie mehr angelegt.

Seine Laufbahn war eine abwechslungsreiche. Er war Redakteur, Professor und Hoftheater-Direktor. Großen Erfolg erzielte er mit seiner Gedichtsammlung: „Mirja Schaffy“; dieselbe sichert ihm einen dauernden Ehrenplatz in unserer Literatur. Dieses Werk, das fast in allen europäischen Sprachen überfetzt wurde, bildet den Glanzpunkt seiner poetischen Schöpfungen. Die Gedichte sind nicht, wie allgemein angenommen wurde, Uebersetzungen morgenländischer Originale, sondern, mit nur wenigen Ausnahmen, Originale. Bodenstedt war sehr produktiv und hat durch seine Uebersetzung englischer Dramen sehr viel zur Kenntnis des englischen Theaters aus Shakespeares Zeiten beigetragen. Früher demokratisch angehaucht, hatte er sich im Laufe der Zeit immer mehr der reaktionären Strömung überlassen. In der von ihm herausgegebenen Berliner „Täglichen Rundschau“ hatte er das Axiom aufgestellt: „Die Politik verdirbt den Charakter“, und so ist er denn glücklich als „Doktor“ zur Ruhe gegangen.

Ueber den Mecklenburger angeblichen „Nihilisten“ Brandt wird der „Frankfurter Hg.“ aus Rom geschrieben: Die italienische Presse, die anfänglich geneigt schien, das thörichte Polizeimärchen von dem Spion Ivanow-Brandt zu glauben, hat sich in den letzten Tagen mehrfach veranlaßt gesehen, zu Gunsten des Genannten eine Lanze zu brechen. Die Verwunderung ist allgemein, daß Brandt noch im Gefängnis sitzt, obwohl er weder in flagranti bei Verübung eines Verbrechens ergriffen wurde, noch bisher aus seinen Papieren oder durch diplomatische Nachfrage etwas zu seinen Lasten konstatiert werden konnte, außer daß er sich durch seine äußere Erscheinung auffällig macht. Im schlimmsten Falle hat man in Brandt einen Abenteuerer dingfest gemacht, dessen Erlebnisse auf galantem Gebiet liegen und der anscheinend zur Erzielung eines höheren Effekts sich mit der Gloria eines gegen Moskowiterterranen ruhmreich unterlegenen Märtyrers umgab. Ist das ein Verbrechen, so könnte die italienische Polizei sich viel Bewegung verschaffen, wenn sie alle verhaften wollte, die in Italien unter einem falschen Namen leben, denn vielen Schriftstellern und Künstlern ist es bequem, auch im bürgerlichen Leben mit dem Rom de guerre gerufen zu werden, unter dem sie der Welt bekannt geworden sind. Da die Polizei auf die Dauer diese Verhaftung nicht aufrecht erhalten kann und Schein haben wird, ihren Mißgriff einzugehen, wird die Angelegenheit wahrscheinlich mit der Abschiebung Brandt's stillschweigend beendet werden. Mehrere italienische Deputierte haben sich bereits für die Freilassung Brandt's verwandt; hoffentlich werden sie in diesem Bemühen von den amtlichen Vertretern des Deutschen Reichs in Italien unterstützt, die ja die natürlichen Beschützer hier weitender deutscher Reichsangehörigen sind.

Freiwilliges. Die freiwillige „Neue Bürgerzeitung“ in Neustadt (Vial) warf ihren Aktionären für das letzte Geschäftsjahr 20 pSt. Dividende ab. Dabei konnten noch 8000 M. für Prioritätsaktien zurückgezahlt werden. Trotz dieses günstigen Standes der Finanzen weigerte sich der Aufsichtsrath, dem Redakteur des Blattes, Herrn Paul Bader, die Kosten eines Beleibigungsprozesses zu zahlen, den der Verleger einer national-liberalen Zeitung wider Herrn Bader angestrengt hatte.

Großer Brand. Im Eisdorf Weidenbach sind 48 Wohnhäuser und 60 Oekonomiegebäude durch eine Feuersbrunst vernichtet worden.

Gestorben sind in München, Professor der hiesigen medizinischen Fakultät Franz Seitz und Regierungsrath P e e z, der Dichter des Chiemseegaus. — In Düsseldorf der Maler Stegmann.

Rugen der Einschätzungspflicht. In Ebersfeld konnte die Kommunalsteuer von 350 pSt. der Staatseinkommensteuer auf 290, in Schwelm von 320 auf 190, in Stolberg von 260 auf 140 pSt. herabgesetzt werden.

Aus Pekingford wird berichtet: Eine 24 Jahre alte Finländerin, Frau Anna Sainio, die Gattin eines Gymnasial-

professors in Lawastehus, wurde vor einigen Tagen zum Tode verurtheilt, und zwar soll sie zuerst geköpft und dann verbrannt werden, weil sie ihren Mann vergiftet hat. Das Paar war seit 1890 verheiratet und schien sehr glücklich zu leben. Der Ehe war auch ein Kind entsprossen. Die Frau hatte viele Launen, doch behandelte ihr Mann sie sehr freundlich, obgleich sie eine auffallende Neigung für einen in seinem Hause wohnenden Studenten hatte. Am Morgen des 24. Febr. d. J. fand man den Professor todt in seinem Bette, und die Untersuchung ergab Vergiftung. Einen Monat später wurde die Frau verhaftet, weil sich die Verdachtsgründe gegen sie mehrten. Sie hatte den Namen ihres Mannes auf einem Ebel gefälscht und auch sonst auffällige Geldgeschäfte gemacht. Die Fälschung gab Frau Sainio zu, die Verschuldigung, ihren Mann vergiftet zu haben, wies sie jedoch Anfangs zurück und meinte, daß er Selbstmord verübt habe, weil er Gewissensbisse wegen eines Verhältnisses mit einer anderen Frau empfunden habe. Durch verschiedene Zeugen werden jedoch diese Behauptungen der Frau Sainio als unwahr erwiesen, und schließlich gestand sie auch ein, daß sie ihren Mann vergiftet habe. Derselbe hatte ihr Vorwürfe wegen der Fälschung seiner Unterschrift gemacht, und sie habe geglaubt, nur dadurch, daß sie ihn umbringe, aus ihren Schwierigkeiten herauszukommen. Uebrigens habe sie ihn nie geliebt.

Die Rettungstation Putgarten telegraphirt: Am 18. April von dem bei Reconar gestunkenen deutschen Schoner „Johanna“, Kapitän Berg, vier Personen gerettet durch das Rettungsboot „H. H. Meier“ der Station Putgarten. Festiger Ostwind, hoher Seegang. Boot 3 Stunden unterwegs.

Anglist auf See. Die Stettiner Brigg „Felix“ scheiterte und kenterte vorgestern Morgen an den Burnham Flats (Norfolk). Der Kapitän ist gerettet, sieben Mann ertranken.

Die epidemischen Krankheiten an der russisch-polnischen Grenze nehmen zu; im Gouvernement Kiew grassiren die schwarzen Blattern, meist mit tödtlichem Ausgange; in einzelnen Orten erlagen der Krankheit einige hundert Personen.

Zu blutigen Kämpfen zwischen Polizisten, den Leuten des Schariffs, und Viehdieben kam es bei Alveride in Byoming (Bereinigte Staaten). 21 Diebe und 18 Leute des Schariffs blieben todt auf dem Platze. Militär ist beordert worden, um die Gegend von den Dieben zu säubern.

Auf dem Londoner Bahnhofs Hemyhead Heath kamen am Montag Abend bei der Rückkehr des Publikums von den Ausflügen mehrere Personen im Gedränge ums Leben.

In der Oase des Fayum ist, wie aus Kairo berichtet wird, eine wichtige Entdeckung gemacht worden, indem es Professor v. Kaufmann gelang, bei umfassenden Ausgrabungen an Wästenrande der genannten Oase, in El-Lahun, dicht bei der Pyramide des Königs Userkates II., in einem 12 m tiefen Braunnegrabe den ersten uneröffneten Sarkophag zu finden, der überhaupt je aus der Zeit sowohl des alten als des mittleren Reiches im Fayum festgestellt worden ist. Der mächtige Kalkstein-Sarkophag, der allein Aufsehen nach der Zeit der 11. Dynastie entkammt, wird gegenwärtig von den Ingenieuren der Verwaltung des Museums in Kairo gehoben, um nach seiner Ueberführung nach Kairo in Gegenwart seines Entdeckers geöffnet zu werden.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Perold.)

Lübeck, 19. April. Der hier tagende sozialdemokratische Parteitag für Mecklenburg und Lübeck ist von 31 Delegirten aus 23 Städten besetzt. Der Parteitag verhandelt zunächst über die

Agitation bei den nächsten Wahlen und die Errichtung von Agitationskomitees.

Lübeck, 19. April. Der sozialdemokratische Parteitag stellte für die nächsten Wahlen folgende Kandidaten auf: Hagenow-Gredesmühlen: Peter-Schwerin; für Schwerin-Wismar den Redakteur Groth aus Bielefeld; für Parchim: Pegelow-Parchim; für Malchin-Baren: Schwarz-Lübeck; für Rostock-Doberan: Kerschmar; für Güstrow-Ribnitz: Kant-Güstrow; für Mecklenburg-Strelitz: Lütgenau-Berlin.

Brüssel, 19. April. Die Veranstaltung eines Unyuges am 1. Mai ist gestattet worden; es werden aber bereits Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung vorbereitet.

Paris, 19. April. Sämmtliche Präfekten ersuchten das Ministerium des Innern um Instruktionen für den 1. Mai.

Washington, 18. April. In der Streitfrage der Behringsee-Fischerei wurde der neue modus vivendi, dessen Bestimmungen mit denen des letzten Jahres identisch sind, gestern ratifizirt. Der Seehund-Fang der amerikanischen Gesellschaft ist auf 7500 Stück festgesetzt. Im Falle die angerufenen Schiedsrichter sich zu Ungunsten der Vereinigten Staaten aussprechen, sollen die letzteren infolge einer der getroffenen Bestimmungen an England eine entsprechende Entschädigung zu zahlen gehalten sein. Eine andere Klausel ordnet an, daß Schiffe, welche bei der vom Geseh unterzeichneten Seehundfischerei betroffen sind und von einer der beiden Nationen aufgebracht werden, ihrer eigenen Regierung ausgeliefert werden sollen. Die Amerikanische Gesellschaft hat jedoch einen Protest gegen die Beschränkung ihres Fanges erhoben, und die ganze Angelegenheit wird dem Komitee für auswärtige Angelegenheiten überwiesen werden. — In dem Repräsentantenhause wurde das Marinebudget angenommen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Brüssel, 17. April. Die Bürgermeister von Gent und Lüttich haben die für den 1. Mai geplanten sozialistischen Kundgebungen verboten.

Paris, 19. April. In Regierungskreisen wird die Meldung der „Times“, zwischen Frankreich und England sei über alle zwischen ihnen schwebenden kolonialen Fragen sowie auch über die bulgarische Frage ein Einvernehmen hergestellt, als unrichtig bezeichnet und dahin richtiggestellt, daß die beiden Mächte sich lediglich über eine parallele Aktion zur Verhinderung des Verkaufs von Kriegswaffen an die eingeborenen Völker Afrikas verständigt hätten.

Briefkasten der Redaktion.

Arbeiterpresse, Budapest. Ein derartiges Blatt ist und nicht bekannt.

R. K. Wissen wir auch nicht.

G. T. Köpenick und **O. G. Meindendorf.** Ihre Schreiben sind der Lokalkommission übergeben.

Brig. Wenn Sie nicht selbst den Meister gerichtlich belangen, dann können wir Ihnen auch nicht helfen.

G. Ch. Brenzlauerstr. Um aus der Oriskrankenliste auszutreten, müssen Sie ein Vierteljahr vor Schluß des Geschäftsjahrs derselben ihren Austritt erklären. Da sie Hutmacher sind, so liegt es doch am nächsten, daß Sie dem Hutmacherverband und deren Krankenkasse beitreten. Die Versicherung haben Sie selbst zu besorgen.

H. Uebastraße. Sie können die Antwort verweigern. **Abonnent, Königsbergerstraße.** Der Vater hat seinem unehelichen Kinde 500 M. vermacht; die Mutter läßt dieses für den Unterhalt des Kindes vom Vormunde ratenweise auszahlen. Das hat nichts Befremdendes.

Bock-Brauerei.
Empfehle den großen Garten mit beiden Häfen zu Sommerfestlichkeiten.
August Tiedemann,
Deconom.
2156L

Elegante
Herrn- u. Knaben-Garderobe
in allen Qualitäten und zu billigsten Preisen empfiehlt
Julius Lindenbaum,
Berlin O., Frankfurterstrasse 139.
Spezialität: Anfertigung nach Maass.
Für reelle Bedienung bürgt mein in allen Kreisen bekannter guter Ruf.

Gefärbt wird für Mk. 2,50
in allen Farben: Damenkleider, Ueberzieher, Röcke, in Ganzen oder getrennt; Bettdecken à Paar 2,50 (Lieferzeit 48 Stunden).
Gegr. 1875. **Chemische Wäscherei** Gegr. 1875
zu den solidesten Preisen. 2134L
A. Pergandé,
Haupt-Geschäft: Waldemarstraße 52.
Filialen: Oriskerst. 43, Reinickendorferstr. 12; Potsdam: Rauenerstr. 18.
Zustellung und Abholung kostenfrei.

Musikinstrumente.
Lager in Fithern, Violinen, Gitarren, Harmonikas. Alle Glasinstrumente, Trommeln, Flöten und Klarinetten, Spieldosen zum Drehen und selbstspielend, Albums und Sierfelder mit Musik. Musikwerke-Verleih, alle mit Arbeiterlieder n. Theilzahlung gestattet. 1938L
Aug. Kessler, 51 Kaufmännstr. 51, am Platz.

Möbel- und Ausstattungs-Magazin
von **J. Adler, Oranienstraße 47.** Auch Theilzahlung gestattet. [2259L]

Gegründet 1867.
von 60 Pf. bis 6 M., fertige Betten, Matratzen, Ueberzüge — Schlafdecken — Steppdecken, Oberhemden, Herren-, Damen-, Kinder-Hemden.
H. Wessling, Dresdenerstraße 134.
u. Haus v. Kottbuser Thor.

C. Königsfeld, Uhren- u. Goldwaaren-Geschäft.
Reinickendorfer-Str. 69.
Größte Auswahl. Reparaturen gut und billig. 2017L

Druckmaschinen jeder Art liefern gut u. zu soliden Preisen | **Achtung!**
Böllhoff & Schumann, Zeltowerstr. 17. | Südwesten.

J. Semmel, prakt. Zahn-Arzt,
Oranienstr. 55, Moritzplatz. Spr. 9-1, 3-5. In der Poliklinik für Unbemittelte 8-9 Vm., 1-3, 5-6 Nachm. (künstl. Zähne 2 Mark).

Künstliche Zähne, Plombiren etc. O. Arendt,
Jahnsches, Plombiren etc. O. Arendt, Andreasstr. 60 (Ging. Kl. Andreasstr. [2199L]

Meerscham-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.
Spezialität: Porträts bewährter sozialistischer Führer (Kassale, Marx u. A.) in Zigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Zigarettenadeln, Manschettenknöpfen, Stöcken, Brochen, Hüten. En gros. En détail. 2274 L **B. Günzel, Brunnenstr. 157, am Rosenthaler Thor.**

Central-Möbel-Halle.
Möbel auf Theilzahlung Kommandanten-Strasse No. 51.

66. Resterhandlung.
Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Sommermänteln, Jackets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen.
Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge **66. Karle, Waldemarstrasse 66.**

Staare Pfeifer 1,50 M., Finken, Hänflinge 75 Pf., Weibchen 90 Pf., Grauhänflinge 1 M., Schlag-Vint 1,50 M., Stieglitze, Zeigige, Dompfaffen, Girliche, Weisen, Drosseln, sowie all. Art. bill. Fische, Regenwürmer, Molche, Salamander. Verkauf werden Vogelbauer, Kanarienvogel, Meeresschweine. **M. Rodtmann, Stralauer-Platz 21 (Schlesischer Bahnhof).** [2417b]

Restaurations-Verkauf im S.O., passend für Genossen. Näh. bei Genf, Staligerstr. 18, I. 5629R

G. fedl. Bohn., zweif. Stube, Kamm. Küche 89 Zbl. z. 1. Mai v. sp. Rauslauerstr. 33 S. 4 Tr. b. Mahle z. vn.

Stube leer, möbl. od. als Schlafst., sep. Eing., zu vermietet. Reichenderstr. 81, v. II. Dwe. Dallmer. 2524b

Schlafst. b. Rothenburg z. 1. Mai
Kassitenstr. 12, Hof I., 1. Eing., 4 Tr. Vorwärts u. Jakob liegt aus. 2527b

1 Genosse find. fedl. Schlafst. Oranienstr. 184, Seitenfl. III. b. Gelelampf. 2485b

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters a. D., Alte Jakobstr. 190. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelte unentgeltlich. Auch Sonntag. [2225L]

Slajßen und Kruten
mit und ohne Patent-Verschluß liefert
Carl Erdmann, Annenstr. 17/18.
Man fordere Preislisten. 492M

Allen Freunden und Parteigenossen empfehle mein Schuhwaaren-Lager. Gute, solide Arbeit, mäßige Preise.
H. Müller, Schuhmachermeister, 2295bI 80, Schleißerstr. 3.

Kinderwagen und Reifelförbe,
über 200 Stück, i. Einzeln. bill. zu verk. in d. Korbbwaarenfabr. Invalidenstr. 105.

Arbeitsmarkt.
Ein geübter Schaber u. ein Einseher auf photographische Karten verlangt. Adr. u. S. W. 12 nimmt d. Ztg. entgegen.

Drehfler zum Bohren u. Polieren v. Pfefferrohr verl. Invalidenstr. 115, I. I.

Korbmacher, tücht. Gestellarbeiter auf Gartenmöbel verlangt, sofort! 2523b **R. Kaufmann, Halleische Str. 9.**

Parteigenosse wünscht Unterricht in Deutsch und Rechnen. Adressen mit Preisangabe nimmt die Expedition unter U. 2 entgegen. 2525b

Gardinen-Fabrik.
Großes Lager gestickt u. engl. Lüll-Gardinen, Stores, weiß u. creme. Große Auswahl in Sopha-, Tisch- u. Bettdecken, auch im Einz. zu den billigsten Fabrikpreisen.
E. Knappe
aus Eutzsch in Sachsen.
Brunnenstraße 26, 1 Creppr.

Das größte Brot für 50 Pf. liefert
Albrecht's Bäckerei,
Wrangolstr. 8, Langestr. 25-26, Falkensteinstr. 18.

Achtung! Kein Laden.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigaretten 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg. 1785L **H. F. Dinslage, Kottbuserstr. 4, Hof part.**

Eine gut erhaltene Drehbank billig z. verkauf. Kölnische Str. 11, I. [2520b]

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt.
Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.
Kinderwagen gebr. Kottbuserstr. 13.

Elegante Herren-Anzüge, sowie Damenkleider nur nach Maass, billigst, auch gegen Theilzahlung.
Oranienstr. 126, I.

Kinderwagen, größt. Lager, billigste Preise von 7 M. an a. Theilzahl. Oranienstr. 3 i. Nordgech.

Rathenower Brillen u. Pincenez
in Alumin-Gold von 2,50 M. Nickel 2,00 Stahl 1,00 an
Bestes Theater- u. Reise-Glas „Excelsior“ 12 Mark!
R. Behrendts, Inhaber A. Tuchen, Optikus aus Rathenow, Berlin N., Lothringersstr. 28/29.
Dieserart sämmtl. Krankenkassen. Freundliche und reelle Bedienung.